

Wie regelt ein geteiltes Land gemeinsame Probleme, die sich aus naturräumlichen und geographischen Zusammenhängen ergeben? Dieser Frage geht Astrid M. Eckert am Beispiel des durch Abwässer der ostdeutschen Kaliindustrie besonders belasteten Grenzflusses Werra nach. Die Verbindung von politik-, wirtschafts- und umwelthistorischen Aspekten wirft ein Schlaglicht auf bislang weitgehend unbekannte Seiten der deutsch-deutschen Geschichte. Dabei kann die Autorin zeigen, dass insbesondere in den 1980er Jahren ein „anrühiges“ Geschäftsmodell immer mehr an Bedeutung gewann: Devisen aus dem Westen für Umweltschutz im Osten.

Astrid M. Eckert

## **Geteilt, aber nicht unverbunden**

Grenzwässer als deutsch-deutsches Umweltproblem

Als im Zuge der ostdeutschen Revolution 1989/90 eine Bestandsaufnahme der natürlichen Umwelt in der DDR einsetzte und die amtliche Tabuisierung des Themas durchbrochen wurde, erschien die Umweltbilanz der DDR zeitweilig nicht weniger niederschmetternd als die wirtschaftliche<sup>1</sup>. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* titelte im Januar 1990 „Giftküche DDR“ und symbolisierte die ökologischen Hiobsbotschaften mit dem Bild eines brodelnden Rundkolbens<sup>2</sup>. Nach

<sup>1</sup> DDR-Ministerium für Naturschutz, Umweltschutz und Wasserwirtschaft (MNUW), Informationen zur Entwicklung der Umweltbedingungen in der DDR und weitere Maßnahmen – Basisjahr 1988. Zur ökologischen Lage [Jan. 1990], in: Bundesarchiv (künftig: BArch), B295, Bd. 20492; MNUW, Konzeption für die Entwicklung der Umweltpolitik, Berlin, 2.2.1990, und Institut für Umweltschutz, Information zur Analyse der Umweltbedingungen in der DDR und zu weiteren Maßnahmen, Berlin, Februar 1990, beide in: Ebenda, Bd. 20493; Gesellschaft für angewandte Sozialwissenschaft und Statistik, Die Umweltsituation der DDR im Urteil ihrer Bürger. Ergebnisse einer Befragung bei der Leipziger Frühjahrsmesse 1990 im Auftrag des BMU [Bundesministerium für Umwelt] und des Umweltbundesamtes, 1990, in: Ebenda, Bd. 20494; Bundesministerium für Umwelt (Hrsg.), Eckwerte für die ökologische Sanierung und Entwicklung in den neuen Ländern, Bonn 1990. Neben diesen amtlichen Bilanzen vgl. auch Ulrich Petschow/Jürgen Meyerhoff/Claus Thomasberger (Hrsg.), Umwelt-Report DDR. Bilanz der Zerstörung, Kosten der Sanierung, Strategien für den ökologischen Umbau, Frankfurt a. M. 1990. – Die Recherchen für diesen Artikel wurden im Sommer 2012 von einem Franklin Research Grant der American Philosophical Society unterstützt.

<sup>2</sup> Vgl. „Das Land der 1000 Vulkane“, in: *Der Spiegel* vom 8.1.1990, S. 27–32. Zur Umweltberichterstattung des Spiegels vgl. Joachim Radkau, Scharfe Konturen für das Ozonloch. Zur Öko-Ikonographie der Spiegel-Titel, in: Gerhard Paul (Hrsg.), *Das Jahrhundert der Bilder, 1949 bis heute*, Göttingen 2008, S. 532–541. In der Umweltgeschichtsschreibung hat eine notwendige Differenzierung eingesetzt, die die Umweltbilanz der DDR sowohl vergleichend zur Bundesrepublik als auch im Kontext anderer sozialistischer Staaten betrachtet und ggf. nach Medien und Sektoren trennt. Dabei erscheint der spezifische Moment der Bilanzierung, also der politische Kontext der frühen 1990er Jahre, nach wie vor als ein Hindernis, dem Thema gerecht zu werden. Vgl. Christoph Bernhardt, Zwischen Industrialismus und sanitärer Wohlfahrt. Umweltprobleme im Sozialismus am Beispiel der Wasserfrage in der DDR, in: Torsten L. Meyer/Marcus Poppow (Hrsg.), *Technik, Arbeit und Umwelt in der Geschichte*. Günter

der Wiedervereinigung investierte die Bundesrepublik Milliarden in den Umweltschutz und die Sanierung industrieller Altlasten der DDR; sie betrieb damit nach Joachim Radkau die „aufwendigste Umweltschutzaktion der Welt“<sup>3</sup>. Die ökologischen Kosten der sozialistischen Planwirtschaft waren bundesdeutschen DDR-Experten freilich keineswegs neu. Mit den ostdeutschen Umweltschäden hatte die Bundesrepublik seit den frühen 1970er Jahren kontinuierlich zu tun. Schwefeldioxid, Flugasche und Pestizide wehten bei Westwind über die innerdeutsche Grenze; Schwermetalle, Düngemittel und kommunale Abwässer schwemmten in den Flüssen in die Bundesrepublik. In den innerdeutschen Beziehungen entwickelte sich Umweltdiplomatie zu einem weiteren Betätigungsfeld von Politikexperten. Bis kurz vor dem Mauerfall wurde an der Ausgestaltung des hart erkämpften Umweltabkommens von 1987 gearbeitet; die letzte deutsch-deutsche Umweltvereinbarung kam noch im Juli 1989 zustande<sup>4</sup>. Längst war die deutsche Teilung in der alten Bundesrepublik zu einem Thema geworden, das zwar rhetorisch bearbeitet, im Kern aber als Fakt gemanagt wurde.

Physikalische und biologische Umweltbedingungen – Klima, Wasser, Luft, Boden – kümmern sich bekanntlich nicht um politische Grenzen. Die Umweltgeschichte hat ihrem Untersuchungsgegenstand vielfach Rechnung getragen und ihren analytischen Rahmen unabhängig von nationalen Einheiten gesteckt<sup>5</sup>. Besonders Studien zur Geschichte von grenzüberschreitenden Flüssen dürfen dabei Modellcharakter beanspruchen<sup>6</sup>. Die großen Ströme vernetzten politische und kulturelle Gemeinschaften weit über ihren unmittelbaren Flußlauf hinaus, schufen Einzugsgebiete und gaben infrastrukturelle Entwicklungen vor. Divergieren-

---

Bayerl zum 60. Geburtstag, Münster 2006, S. 367–380; Roger Manser, *Failed Transitions. The Eastern European Economy and the Environment since the Fall of Communism*, New York 1994; Hermann Behrens/Jens Hoffmann (Hrsg.), *Umweltschutz in der DDR*, 3 Bde., München 2007.

<sup>3</sup> Joachim Radkau, *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*, München 2011, S. 535. Radkau beziffert die Investitionen bis 1994 auf 80 Mrd. DM, allerdings liegen seitens des BMU keine verlässlichen Zahlen vor, da Umweltschutz und wirtschaftliche Modernisierung der neuen Länder rechnerisch nicht zu trennen sind. Zur ökologischen Sanierung der DDR nach 1990 gibt es bisher keine geschichtswissenschaftlichen (Teil-)Studien. Vgl. Günter Bayerl, *Umweltsanierung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Ein Weg in die ökoindustrielle Gesellschaft?*, in: *Studienarchiv Umweltgeschichte* 14 (2009), S. 3–14; Michael Zschiesche, *Umweltschutz in Ostdeutschland – Versuch über ein schnell verschwundenes Thema*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* B27 (2003), S. 33–38.

<sup>4</sup> Vgl. *Gemeinsame Erklärung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR [Reichert] und des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland [Töpfer] über die Durchführung von Umweltschutz-Pilotprojekten in der DDR vom 6. 7. 1989*, in: *Deutscher Industrie- und Handelstag* (Hrsg.), *DDR Umweltschutz. Ökologie statt Autarkie. Bestandsaufnahme und Lösungsansätze*, Bonn 1990.

<sup>5</sup> Damit war sie aber nicht gefeit vor einem unpräzisen Gebrauch räumlicher Konzepte und Termini. Nach Joseph E. Taylor III, *Boundary Terminology*, in: *Environmental History* 13 (Juli 2008), S. 454–481, Zitat S. 456, war „Transnational“ zu oft „a chic way to say international“.

<sup>6</sup> Vgl. Marc Cioc, *The Rhine. An Eco-Biography, 1815–2000*, Seattle 2002. Die Studie von Christoph Bernhardt, *Im Spiegel des Wassers. Eine transnationale Umweltgeschichte des Oberrheins (1800–2000)*, Köln 2013, konnte für diesen Aufsatz nicht mehr berücksichtigt werden.

de Ansprüche an den Fluß als Transport- und Handelsweg, als Wasserquelle für Mensch und Tier und, mit zunehmender Industrialisierung, als Ableitung von Produktionsabwässern brachten Modelle gemeinschaftlicher Regulierung hervor. Eingriffe im Oberlauf hatten Konsequenzen im Unterlauf – was dem einen durch eine Begradigung half, bedrohte den anderen durch Hochwasser. Wer sich welche Eingriffe erlauben konnte, wer den Fluß wie nutzte, avancierte zu einer konfliktträchtigen machtpolitischen Frage<sup>7</sup>.

Für den deutschen Kontext wird aus einer umwelthistorischen Perspektive einmal mehr deutlich, dass das Land bis 1990 zwar „geteilt, aber nicht unverbunden“ war<sup>8</sup>. Gerade die Wasserwirtschaft (Trinkwasserversorgung für West Berlin oder Duderstadt, Verwaltung der Okertalsperre, Instandhaltung von grenznahen Drainagekanälen in der Landwirtschaft), die Nutzung natürlicher Ressourcen im Bergbau (Braunkohle bei Helmstedt/Harbke, Kali entlang der Werra), der Katastrophenschutz (Deichbau entlang der Elbe, Strahlenschutz in Gorleben/Morsleben), forstwirtschaftliche Belange (Borkenkäferbefall, Luftverschmutzung durch Schwefeldioxid) und abwasserwirtschaftliche Probleme (Kläranlagen, Industrieabwässer) zeigen, wie schwer beziehungsweise unvollständig sich ein hochindustrialisierter Staat durch eine *paper partition* auseinanderdividieren lässt<sup>9</sup>. Unabhängig von der Perfektionierung der tödlichen Grenzanlagen wurden in Umweltfragen die innerdeutsche Grenze und die Berliner Mauer ungewollt zu „Kontaktzonen“ zwischen beiden deutschen Staaten<sup>10</sup>.

Abfall und Umweltgifte passierten die Grenze in beide Richtungen: Besonders in den 1980er Jahren setzten Politik und Wirtschaft in der Bundesrepublik auf billige Entsorgung und verbrachten einen Teil ihres Haus- und Giftmülls in die DDR. Westdeutsche Umweltverbände erinnerten die Öffentlichkeit deshalb nach dem Mauerfall daran, dass die Bundesrepublik nicht zuletzt auf Kosten der DDR

<sup>7</sup> Grundsätzliche Überlegungen zum Leitmotiv Wasser in der Umweltgeschichte bei Radkau, *Ära der Ökologie*, S. 195–209; zur Anrainer-Problematik aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive vgl. Rainer Durth, *Grenzüberschreitende Umweltprobleme und regionale Integration*. Zur Politischen Ökonomie von Oberlauf-Unterlauf-Problemen an internationalen Flüssen, Baden Baden 1996.

<sup>8</sup> Die Formulierung basiert auf dem Buchtitel von Tobias Hochscherf u. a. (Hrsg.), *Divided, But Not Disconnected. German Experiences of the Cold War*, New York 2010.

<sup>9</sup> Der Begriff „paper partition“ gehört in den Kontext kolonialer Teilungen. Vgl. Karl Schlögel, *Grenze und Grenzerfahrungen im alten und neuen Europa. Eine Meditation*, in: Ulrich Knefelkamp/ Kristian Bosselmann-Cyran (Hrsg.), *Grenze und Grenzüberschreitung im Mittelalter*, Berlin 2007, S. 3–18, hier S. 10.

<sup>10</sup> Mary Louise Pratt, *Imperial Eyes: Travel Writing and Transculturation*, New York 1992, S. 4, versteht unter „Kontaktzone“ „social spaces where disparate cultures meet, clash, and grapple with each other, often in highly asymmetrical relations of domination and subordination – like colonialism, slavery, or their aftermaths as they are lived out across the globe today.“ In kulturwissenschaftlichen Grenzlandstudien (borderland studies) hat der Begriff z. B. zur Analyse hybrider Kulturen und pluraler Identitäten breite Verwendung gefunden. Im Kontext des DDR-Grenzregimes, das ja gerade auf die Verhinderung und Kontrolle von grenzübergreifenden Kontakten ausgerichtet war, entbehrt der Ausdruck nicht der Ironie. Die Grenze selbst schuf die Probleme, die anschließend grenzüberschreitend reguliert werden mussten. In diesem Sinne war sie eine (aus DDR-Sicht ungewollte) Kontaktzone.

„so sauber“ sei<sup>11</sup>. Auch Schwefeldioxid aus dem Westen gelangte bei entsprechender Windrichtung in die DDR, allerdings lag die Belastung in umgekehrter Richtung weit höher. Aufgrund ihrer Braunkohleabhängigkeit lag die DDR in den 1980er Jahren an der Spitze der europäischen Emittenten von Schwefeldioxid<sup>12</sup>.

Bei Grenzflüssen traf die Belastung fast ausschließlich die Bundesrepublik. Die meisten Flüsse entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze fließen von Ost nach West, Westdeutschland war bis 1990 also Unterlieger. Offensichtlich hatte die Bundesrepublik in solchen Fällen einen tatsächlichen Schaden zu verzeichnen. Allerdings machte sie sich solche Vorfälle auch dienstbar, um die DDR politisch unter Druck zu setzen. Das Ministerium für Staatssicherheit warnte die SED-Führung vor dieser Strategie, die darauf angelegt sei, der DDR wirtschaftlich zu schaden, denn „Umweltschutzmaßnahmen würden gewaltige Aufwendungen erfordern, was die DDR [...] in eine schwierige Lage brächte“<sup>13</sup>. Gleichzeitig fürchtete die SED-Führung jedoch die Vorstellung, von den westdeutschen Medien als Umweltsünder hingestellt zu werden<sup>14</sup>. Eine Weisung des DDR-Umweltministeriums von 1981 war entsprechend auch nicht von genuiner Sorge um die Umwelt, sondern von der Sorge um den Prestigeverlust getragen. Nicht Umweltverschmutzung *per se* galt es zu verhindern, sondern vorrangig solche, die dem Westen eine Handhabe bieten könnte<sup>15</sup>. Umgekehrt setzte die DDR die ihr zur Verfügung ste-

<sup>11</sup> „Die BRD ist auch so ‚sauber‘, weil die DDR so ‚schmutzig‘ ist.“ Zitat in: Gemeinsame Erklärung von Umweltverbänden aus Ost und West anlässlich des Round-Table-Gesprächs am 13. 12. 1989 bei Bundesumweltminister Töpfer, in: Archiv Bund Naturschutz in Bayern (Nürnberg), Ordner DDR PM PROe. Literatur zum Müllexport in Anm. 113.

<sup>12</sup> Zahlen in: Michael von Berg, Zum Umweltschutz in Deutschland, in: Deutschland-Archiv 17 (April 1984), S. 380.

<sup>13</sup> Ministerium für Staatssicherheit (MfS), Information Nr. 112/84 [1984] über [...] Verhandlungen mit der DDR zum Umweltschutz, in: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig: BStU), MfS HVA Nr. 29, Teil 1 von 2, fol. 042.

<sup>14</sup> Der Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Hans Reichelt, stellte beispielsweise für den abgesagten Honecker-Besuch in Bonn 1984 Material zusammen, das „Leistungen“ der DDR im Umweltschutz auflistete und dazu dienen sollte, den „Verleumdungen der BRD-Medien energisch und beweiskräftig“ entgegenzutreten. Reichelt an Mittag, 10. 10. 1984, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: BArch-SAPMO), Büro Mittag DY 3023/1435. Als Reaktion auf westliche Berichterstattung die Information zur Sendung des ZDF „Mit Wind und Wasser über die Grenzen“ am 8. 1. 1987, in: Ebenda, DY 3023/1444.

<sup>15</sup> Die nachgeordneten Behörden werden in der Weisung Nr. 36/81 vom 24. 11. 1981 instruiert, bei allen mit Umweltschutz befassten Mitarbeitern klarzustellen, dass (1) „durch die Verminderung eines Übergreifens von Schaden auf das Gebiet der BRD bzw. auf Westberlin das politische Ansehen der DDR gestärkt wird“, (2) „der BRD die Möglichkeit für Schadensersatzforderungen entzogen wird“, und (3) „deshalb alle Möglichkeiten zur Verhinderung von Schadensfällen umfassend und ständig genutzt werden müssen.“ Weisung Nr. 36/81 (VS B161-71/81), in: BArch, DK 5 Nr. 1498; Information über den erreichten Stand bei der Beseitigung von Gefährdungssituationen im Bereich der Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin und Vorschläge für das weitere Vorgehen k. D. [22. 3. 1984], in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1442.

henden Mittel ein, um grenzüberschreitende Umweltsünden der Bundesrepublik zu registrieren. Als das Kohlekraftwerk Buschhaus bei Helmstedt 1984 ohne Entschwefelungsanlage in Betrieb gehen sollte, installierte die DDR im Raum Harbke/Marienborn flugs zwei Messstellen für Schwefeldioxyd, um die politisch wertvolle „Beweisführung“ antreten zu können<sup>16</sup>.

Dieser Aufsatz untersucht am Beispiel von Grenzgewässern die Dynamik, die sich zwischen den beiden deutschen Staaten aus grenzüberschreitenden Umweltproblemen ergab. Er geht der Frage nach, welche politischen Umstände und Interpretationen der Sachlage eine Kooperation zwischen Ost- und Westdeutschland ver- oder behinderten; dabei wird vor allem deutlich, wie wichtig die Devisenknappheit der DDR in den 1980er Jahren war. Allerdings beschränkt sich der vorliegende Beitrag nicht allein auf Umweltpolitik, sondern räumt der Ökologie der Flüsse eine eigenständige Rolle ein. Besonders am Beispiel der Werra, die durch die Kaliindustrie der DDR mit Salzabwässern aufs stärkste belastet wurde, soll eine Verbindung von Umweltpolitik und materieller Umweltgeschichte versucht werden<sup>17</sup>, um den Zugang zu einem umwelthistorischen Thema in den vertrauten Kategorien der politikorientierten Zeitgeschichte zu ermöglichen<sup>18</sup>.

### Alle Flüsse führen gen Westen

Die DDR war von Natur aus ein relativ wasserarmes Land und deshalb vor allem in der industriellen Produktion zu einer Mehrfachnutzung von Wasser gezwungen. Jahre mit geringem Niederschlag konnten leicht zu akuten Versorgungsengpässen führen, so dass „die Angst vor dem Wassermangel“ seit Gründung der DDR alle politischen Entscheidungen über diese Ressource bestimmte<sup>19</sup>. Den Anstrengungen der amtlichen Wasserpolitik zum Trotz waren 1990 allerdings 45 Prozent der Flußläufe der DDR für die Trinkwassergewinnung nicht mehr nutzbar<sup>20</sup>. Kos-

<sup>16</sup> Information 19/83 über die Inbetriebnahme eines in Bau befindlichen Kohlekraftwerks der BRD in der Nähe der Staatsgrenze der DDR, auftretende erhöhte Schadstoffablagerung der DDR und Vorschläge zum Vorgehen, 30. 6. 1983, in: BArch, DK 5 Nr. 1498. Zu Buschhaus vgl. Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium 1982–1990, Stuttgart 2006, S. 367–371.

<sup>17</sup> J. R. McNeill, Observations on the Nature and Culture of Environmental History, in: *History & Theory* 42 (Dez. 2003), S. 5–43, hier S. 6–9, definiert die drei wichtigsten Zweige der Disziplin als materielle, politische und kulturelle Umweltgeschichte. Materielle Umweltgeschichte macht die stärksten Anleihen in den Naturwissenschaften, weil sie mit „changes in biological and physical environments, and how those changes affect human societies“ befasst ist.

<sup>18</sup> Vgl. Jens Ivo Engels, Umweltgeschichte als Zeitgeschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 13 (2006), S. 32–38; vgl. auch Sverker Sörlin, The Contemporaneity of Environmental History: Negotiating Scholarship, Useful History, and the New Human Condition, in: *Journal of Contemporary History* 46 (2011), S. 610–630; *Debatte: Zeitgeschichten der Umwelt*, konzipiert von Melanie Arndt, in: *Zeithistorische Forschungen* 9 (2012), S. 98–137.

<sup>19</sup> Bernhardt, *Umweltprobleme im Sozialismus*, in: Meyer/Popplow (Hrsg.), *Technik, Arbeit und Umwelt*, S. 370f.; vgl. Gerhard Würth, *Umweltschutz und Umweltzerstörung in der DDR*, Frankfurt a. M. 1985, S. 228–231.

<sup>20</sup> Zahl in: Helmut Klapper, *Gewässerschutz und Gewässernutzung im Spannungsfeld zwischen Ökologie und Ökonomie*, in: Hermann Behrens/Jens Hoffmann (Bearb.), *Umweltschutz*

tenintensive Sanierungsmaßnahmen an Gewässern wurden in der Regel erst in Betracht gezogen, wenn die Wasserqualität sogar die Produktion beeinträchtigte. Gerade bei den grenzüberschreitenden Flüssen galten derartige volkswirtschaftliche Anstrengungen aber als überflüssig, „da die Gewässer in der Regel nach kurzen Laufstrecken das Gebiet der DDR verlassen und damit durch die Belastung dieser Gewässer keine Nutzungsbeschränkungen auf dem DDR-Territorium eintreten“<sup>21</sup>.

Diese Haltung definierte freilich das Problem, mit dem sich die Bundesrepublik konfrontiert sah, waren die Westdeutschen doch in der Regel die Unterlieger. 95 Prozent der grenzkreuzenden Flüsse entwässerten von der DDR ins Bundesgebiet, dieses erhielt dadurch das 25-fache des Zuflusses wie die DDR. Während die Flüsse in Ost-West-Richtung spätestens in den 1970er Jahren eine stetig steigende Schmutzfracht mit sich führten, konnte die DDR schon allein wegen der Fließrichtung auf wenig Vergleichbares aus der Gegenrichtung verweisen. Als potenzielle Diskussionspunkte boten sich der DDR allein die fränkische Saale, gegebenenfalls die Warme Bode im Harz und in Berlin der Teltow-Kanal an<sup>22</sup>. Allerdings kam die Bundesrepublik Beanstandungen zuvor und investierte 166 Millionen DM in die Saale; in West-Berlin entstanden moderne Klärwerke<sup>23</sup>. Lediglich an einigen wasserwirtschaftlichen Instandhaltungsmaßnahmen auf westdeutscher Seite ließ sich hin und wieder Kritik üben<sup>24</sup>. Die Bundesrepublik hingegen sah sich mit vielfältigen Schadstoffen in den Grenzgewässern konfrontiert, die die grundlegenden Umweltprobleme der DDR in den 1970er und 1980er Jahren widerspiegelten. Allein auf grenzüberschreitende Flüsse bezogen, wirkten sich diese Umweltprobleme wie folgt aus:

Abfall gelangte aus wilden oder unzureichend gesicherten Mülldeponien in die Grenzgewässer. Zwar produzierte die DDR aufgrund eines relativ niedrigen Konsumniveaus, reduzierten Verpackungsaufwandes und höherer Anstrengungen zur Nachverwertung von Rohstoffen weniger Hausmüll als die Bundes-

---

in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte, Bd. 2: Mediale und sektorale Aspekte, München 2007, S. 234; vgl. außerdem Manfred Melzer, Wasserwirtschaft und Umweltschutz in der DDR, in: Maria Haendcke-Hoppe/Konrad Merkel (Hrsg.), Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands, Berlin 1986, S. 69–87.

<sup>21</sup> Erfassung der Interessenlage der DDR zur Aufnahme von Verhandlungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes mit der BRD k. D. [6. Nov. 1973], in: BArch-SAPMO, Politbüro DY 30/J IV 2/2. Dieses Dokument war Teil der Vorbereitung von Verhandlungen zu einer umweltpolitischen Zusammenarbeit, wie sie im Grundlagenvertrag ursprünglich vorgesehen gewesen war.

<sup>22</sup> Ebenda.

<sup>23</sup> Vgl. Timothy Moss, *Divided City, Divided Infrastructures: Securing Energy and Water Services in Postwar Berlin*, in: *Journal of Urban History* 35 (2009), S. 923–942, hier S. 932. Zur Fränkischen Saale vgl. Peter Wensierski, „Wir haben Angst um unsere Kinder.“ Spiegel-Report über die Umweltverschmutzung in der DDR (III), in: *Der Spiegel* vom 22. 7. 1985, S. 63.

<sup>24</sup> Vgl. Claus-Einar Langen, *Wo Ost-Berlin Schaden fürchtet. Deutsch-deutscher Deichbau interessanter als deutsch-deutscher Umweltschutz*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. 6. 1980.



republik<sup>25</sup>. Allerdings landeten sowohl industrielle Abprodukte als auch Hausmüll regelmässig auf wilden Müllkippen, was auch in der DDR illegal war<sup>26</sup>. Die Steinach in Franken beispielsweise schwemmte regelmässig Siedlungsmüll vom Müllplatz Köppelsdorf aus dem Landkreis Sonneberg über die Grenze in den Kreis Kronach. Nach einem leichten Hochwasser im April 1975 mussten die Betreiber des Elektrizitätswerks Weiss in Mitwitz das Kraftwerk stilllegen und den Fluß erst von Büchsen, Plastikflaschen, Autoreifen, Kisten, Stühlen und diversen Holzteilen befreien. Ganze Schweine verfrachten sich in den Rechen des Kraftwerks<sup>27</sup>. Mehrfach wurde die Firma Weiss beim Landratsamt in Kronach vorstellig, eine Besserung stellte sich auch nach einer Beschwerde über die Grenzkommission nicht ein. Nach vier Jahren des Schattenboxens wandten sich die Betreiber des Elektrizitätswerks schließlich an das Justizministerium (BMJ) in Bonn, um sich über das Ausbleiben konkreter Ergebnisse zu beklagen; freilich ohne Erfolg<sup>28</sup>.

Die Belastung der Gewässer durch Hausmüll wäre noch rein mechanisch zu lösen gewesen, jedoch litten auch kleinere Grenzflüsse unter dem Eintrag von Düngemitteln, Pestiziden sowie Abwässern aus Schlachthöfen, Molkereien, Brauereien und agrochemischen Betrieben. Die Agrarpolitik der SED verursachte ein weiteres grundlegendes Umweltproblem der DDR, denn bei dem Versuch, Höchsterträge pro Hektar zu erzielen, blieb für extensives Wirtschaften wenig Raum<sup>29</sup>. Wie in der Bundesrepublik wurden auch in der DDR die Kulturlandschaft systematisch ausgeräumt und Flurhindernisse beseitigt: Meliorationskombinate entfernten Hecken und Feldgehölze, begradigten Fluß- und Bachläufe und entwässerten Feuchtgebiete, um neue landwirtschaftliche Nutzfläche zu gewinnen und

---

<sup>25</sup> Vgl. Hannsjörg F. Buck, Umweltbelastung durch Müllentsorgung und Industrieabfälle in der DDR, in: Eberhard Kuhr u. a. (Hrsg.), Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren, Bd. 4: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts- Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999, S. 455–497, hier S. 461–471; Susanne Hartard/Michael Huhn, Das SERO-System, in: Behrens/Hoffmann (Bearb.), Umweltschutz in der DDR, Bd. 2, S. 309–334.

<sup>26</sup> Nach Buck, Umweltbelastung, in: Kuhr u. a. (Hrsg.), Ende, Bd. 4: Endzeit, bestanden 1989 rund 13.000 wilde Deponien, 11.000 mit Siedlungsmüll, 2.000 mit industriellem Abraum.

<sup>27</sup> Elektrizitätswerk Weiss, Mitwitz, an Landratsamt Kronach, 13.2. und 15.4.1975, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv (künftig: BayHStA), Staatskanzlei (StK) Nr. 19538.

<sup>28</sup> Elektrizitätswerk Weiss, Mitwitz, an Dr. Hans De With, Parlamentarischer Staatssekretär beim BMJ, 21.8.1979, in: Ebenda: „Was nützt es uns z. B., dass Sie schon jahrelang wegen der Umweltverschmutzung mit der DDR verhandeln und es zu keinerlei Besserung bringen.“ Die Einrichtung einer Grenzkommission wurde im Grundlagenvertrag von Dezember 1972 vereinbart. Die deutsch-deutsche Kommission sollte den Grenzverlauf vermessen sowie Schadensfälle und grenzbezogene Fragen der Wasserwirtschaft und Energieversorgung auf der Arbeitsebene regeln. Zur Arbeit der Kommission vgl. Klaus Otto Nass, Die Vermessung des Eisernen Vorhangs. Deutsch-deutsche Grenzkommission und DDR-Staatssicherheit, Freiburg 2010.

<sup>29</sup> Vgl. aber den Einwurf von Klaus George, Neue Bedingungen für die Vogelwelt der Agrarlandschaft in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung, in: Ornithologischer Jahresbericht Museum Heineanum 13 (1995), S. 1–25.

Landmaschinen auf großer Fläche einzusetzen<sup>30</sup>. Als besonders problematisch erwies sich die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion, die seit Beginn der 1960er Jahre betrieben wurde. Bei der Massentierhaltung fielen entsprechende Mengen an Gülle an, die größtenteils in unmittelbarer Nähe der Tierfabriken ausgebracht wurde<sup>31</sup>. In der Pflanzenproduktion nahm derweil die Chemisierung der Landwirtschaft durch den massiven Einsatz von mineralischen Dünge- und Pflanzenschutzmitteln zu. Anfang der 1970er Jahre befand sich die Landwirtschaft der DDR schon längst in einem Teufelskreis. Durch Erosion und Kontamination der Böden, Absinken des Grundwasserspiegels, Eutrophierung der Gewässer und das Ausgreifen des Braunkohletagebaus auf Agrarflächen verlor sie landwirtschaftliche Nutzfläche. Der Flächenschwund sollte dann durch eine höhere Bodenfruchtbarkeit kompensiert werden, was die Agrarbetriebe mit nochmals erhöhtem Einsatz von Dünger, erneuter Melioration und weiterer Intensivierung der Flächennutzung zu erreichen suchten. Die politische Kurskorrektur Ende der 1970er Jahre, hinsichtlich von Feldgröße und Meliorationen, scheiterte oft an den wirtschaftlichen Zwängen einzelner Betriebe<sup>32</sup>. Angesichts der Devastierungen sprach Michael Succow, stellvertretender Umweltminister der Regierung de Maizière, 1990 von diesen Agrarlandschaften gar als „Altlastenflächen“<sup>33</sup>.

Auf westdeutscher Seite machte sich diese Form industrieller Landwirtschaft in den Grenzgewässern bemerkbar. Regelmässig starben gerade in kleineren Grenzflüssen wie der fränkischen Föritz, Kreck, Itz und Milz die Fische, was anschließend als „Schadensfall“ in der Grenzkommission verhandelt wurde. Selten räumte die DDR ein, dass die Ursache der Verschmutzung auf ihrer Seite lag<sup>34</sup>. In der

<sup>30</sup> Zu den Schäden der Flurbereinigung in der Bundesrepublik vgl. die zeitgenössischen Interventionen von Hubert Weiger, Flurbereinigung und Naturschutz. Bilanz 1982: Nach wie vor negativ, in: *Natur und Umwelt* 62:2 (April 1982), S. 3–6; „Was spricht gegen Plastikbäume?“, in: *Der Spiegel* vom 9. 5. 1983, S. 80–98; Jochen Bölsche, Die deutsche Landschaft stirbt. Zerschnitten, zersiedelt, zerstört, Reinbek 1983. Zur Flurbereinigung in der DDR vgl. Michael Heinz, Klassenkampf gegen Hecken und Teiche – Flurbereinigung in der DDR, in: Horch und Guck (2012), H. 76, S. 32–35; Hermann Könker, Komplexe Standortmeliorationen, in: Behrens/Hoffmann (Bearb.), *Umweltschutz in der DDR*, Bd. 2, S. 45–58; Hans-Joachim Mohr, Die Entwässerung landwirtschaftlicher Nutzflächen: Schwerpunkt der Meliorationstätigkeit 1960–1990 – ein kritischer Rückblick, in: Ebenda, S. 59–80.

<sup>31</sup> Vgl. Michael Heinz, Von Mähdreschern und Musterdörfern. Industrialisierung der DDR-Landwirtschaft und die Wandlung des ländlichen Lebens am Beispiel der Nordbezirke, Berlin 2011, S. 314–332; P. A. Schmidt, Landwirtschaft und Naturschutz in der DDR, in: *Forstwirtschaftliches Centralblatt* 109 (1990), S. 378–402; Ausgangssituation Landwirtschaft, Anhang zum Schreiben des Ministerrats der DDR, Ref. N[aturschutz] II.2, Dr. Haiko Pieplow an BMU, Ref. N5, Dr. Rustemeyer, 29. Aug. 1990, in: BArch, B295 Nr. 13831; Hannsjörg F. Buck, Umwelt- und Bodenbelastung durch eine ökologisch nicht abgesicherte industriemäßig organisierte Tier- und Pflanzenproduktion, in: Kuhr u. a. (Hrsg.), *Ende*, Bd. 4: Endzeit, S. 426–446, hier S. 432.

<sup>32</sup> Vgl. Heinz, *Klassenkampf gegen Hecken*, S. 34 f.

<sup>33</sup> BMU, Ref. N 1, Protokoll [zur] Besprechung der für den Naturschutz zuständigen Abteilungsleiter des Bundes und der Länder am 24. und 25. 4. 1990 in Bad Reichenhall, in: BArch, B295 Nr. 20493.

<sup>34</sup> Polizeimeister Dürrbeck, Grenzpolizeistation Rödental, Schlussvermerk [über die Verschmutzung der Effelder mit Waschmittel], 14. 1. 1987, in: BayHStA, StK Nr. 19497.



Regel teilten ihre Repräsentanten in der Grenzkommision mit, das zuständige Wasserwirtschaftsamt habe keine ursächlichen Verunreinigungen nachweisen können<sup>35</sup>. Der Schadensersatz blieb dann an westdeutschen Stellen hängen. Während die Bayerische Staatskanzlei entlang der innerdeutschen Grenze 1970 noch hauptsächlich mit Schäden durch Minenexplosionen rechnete, verlagerte sich der Fokus bis 1976 auf das Fischsterben in Grenzflüssen<sup>36</sup>.

Eine weitere Belastung der DDR-Gewässer ergab sich aus unzureichend oder gänzlich ungeklärten kommunalen und industriellen Abwässern. 1983 waren zwar 90 Prozent der DDR-Haushalte an die zentrale Trinkwasserversorgung angeschlossen, aber nur 70 Prozent an die öffentliche Kanalisation; über einen Anschluss an eine Kläranlage verfügten nur 53 Prozent aller Haushalte<sup>37</sup>. Die kommunalen Abwässer und Fäkalien wurden entweder unkontrolliert deponiert, ungeklärt in Flüsse eingeleitet oder auf Rieselfeldern verregnet. Auch Klärschlämme brachte man zur Entsorgung auf Felder aus, selbst wenn diese bewirtschaftet wurden<sup>38</sup>. Kommunale Klärwerke erreichten aufgrund fehlender Wartung und Verschleiß nur noch eine geringe Reinigungsleistung und verfügten in der Regel allein über mechanische Reinigungsstufen<sup>39</sup>. Katastrophen wie die Havarie der Kläranlage Dresden-Kaditz im Januar 1987 verschärften die Lage. Bei Elbhochwasser brachte ein Stromausfall die Pumpen aus den 1920er Jahren zum Stillstand. Die folgende Überflutung der Anlage zerstörte das Pumpwerk, das an-

<sup>35</sup> Vgl. „Fischsterben in der Kreck“, in: Coburger Neue Presse vom 2. 7. 1976; „Fischsterben in der Kreck. DDR-Behörden lehnen Verantwortung ab“, in: Coburger Tageblatt vom 2. 7. 1976. Auch bei einer Verunreinigung der Milz 1981 kam auf Anfrage heraus, „daß die durch die zuständigen Organe der DDR durchgeführten Untersuchungen an der Milz ‚keine außerordentlichen Änderungen ergeben haben‘.“ Ministerpräsident Franz Josef Strauß an Johann Böhm, (MdL, CSU), 30. 10. 1981, in: BayHStA, StK Nr. 19539.

<sup>36</sup> Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei vom 15. 1. 1970, Nr. 105–3–20: Richtlinien für den Ersatz von Sachschäden, die im Bereich der DL [Demarkationslinie] durch Sperrmaßnahmen der mitteldeutschen Behörden verursacht worden sind, in: BayHStA, StK Nr. 19536; Bayerische Staatskanzlei an Landratsämter, 7. 7. 1976, Betr. Schadensereignisse an der Grenze, die nicht durch die Sperranlagen verursacht sind. „Schadensfälle, die derzeit besonders häufig auftreten, [...] sind Fischsterben in grenzüberschreitenden Gewässern sowie Schäden, die durch das Versprühen von Unkrautvernichtungsmitteln durch die DDR auf unserem Gebiet entstehen.“ In: BayHStA, StK Nr. 19535. Das „Versprühen von Chemikalien“ war auch 1970 schon als Schadensfall anerkannt.

<sup>37</sup> Zahlen basierend auf dem Statistischen Jahrbuch der DDR von 1983, zit. in: von Berg, Zum Umweltschutz in Deutschland, S. 381. Siehe auch Würth, Umweltschutz, S. 233. Zum Vergleich: 1983 waren in der Bundesrepublik 99,9 % der Wohnbevölkerung an die Wasserversorgung angeschlossen, 90,7 % an die Sammelkanalisation, darunter 95,3 % mit Anschluss an Kläranlagen (Auskunft Statistisches Bundesamt – Zweigstelle Bonn, 12. 7. 2012).

<sup>38</sup> Vgl. Buck, Umwelt- und Bodenbelastung, in: Kuhrth u. a. (Hrsg.), Ende, Bd. 4: Endzeit, S. 435.

<sup>39</sup> Vgl. Würth, Umweltschutz, S. 231–248; Bernhardt, Umweltprobleme im Sozialismus, in: Meyer/Poplow (Hrsg.), Technik, Arbeit und Umwelt, S. 376–378; Hannsjörg F. Buck, Umweltpolitik und Umweltbelastung. Das Ausmaß der Umweltbelastung und Umweltzerstörung beim Untergang der DDR 1989/90, in: Eberhard Kuhrth u. a. (Hrsg.), Am Ende des realen Sozialismus, Bd. 2: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren, Opladen 1966, S. 223–257, hier S. 243; Klapper, Gewässerschutz, in: Behrens/Hoffmann (Bearb.), Umweltschutz in der DDR, Bd. 2, S. 235.

schließlich nicht mehr repariert wurde. Mit dem völligen Ausfall von Kaditz floss das gesamte Abwasser der Stadt und seiner Umlandgemeinden für die nächsten fünf Jahre ungeklärt in die Elbe<sup>40</sup>.

Die ersten beiden innerdeutschen Umweltvereinbarungen bezogen sich auf kommunale Abwässer in grenzkreuzenden Flüssen – ein Umstand, der den Stellenwert dieses Umweltproblems für die Bundesrepublik indiziert. 1982 schlossen die beiden deutschen Staaten ein Abkommen zur Sanierung der drei Ost-Berliner Klärwerke Münchehofe, Falkenberg und Nord. Die Bundesrepublik beteiligte sich mit 68 Millionen DM an der Einführung einer dritten Reinigungsstufe zur Phosphateliminierung und versprach sich davon eine Verbesserung der Wasserqualität für West-Berlin, die sich nach Inbetriebnahme der Anlagen tatsächlich einstellte<sup>41</sup>. 1983 folgte die zweite Vereinbarung über die Sanierung des thüringisch-bayerischen Grenzflusses Röden. Da die Stadt Sonneberg mit ihren 28.000 Einwohnern über keine Kläranlage verfügte, gingen die kommunalen Abwässer direkt in den Fluß. Zwischen Sonneberg und Neustadt bei Coburg glich die Röden einer Kloake<sup>42</sup>. Das DDR-Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft beschönigte keineswegs, wie es um den Grenzfluß stand:

„Infolge [der] Abwassereinleitung ist insbesondere die Röden ein sehr stark belastetes Gewässer, welches in Zeiten geringer Wasserführung den Charakter eines Abwasserkanals hat. Eine wasserwirtschaftliche Nutzung der Röden unterhalb Sonnebergs ist bis weit über die Staatsgrenze mit der BRD hinaus nicht möglich. Die hohe Belastung führt zu Fäulnisprozessen und ständigen Geruchsbelastungen. Die hygienischen Verhältnisse sind bedenklich. Es besteht Seuchengefahr.“<sup>43</sup>

Allerdings führten derart alarmierende Befunde in der DDR nicht dazu, erkannte Gefahren von der eigenen Bevölkerung abzuwenden. Vielmehr unterlagen Umweltdaten in der DDR seit 1982 der Geheimhaltung<sup>44</sup>. Auf bayerischer

<sup>40</sup> Vgl. Rudolf Böhm/Torsten Fiedler/Siegfried Schäfer/Rainer Wiesinger, *Zur Geschichte der Stadtentwässerung Dresdens*, 3. neubearbeitete u. erw. Auflage, Dresden 2007 (Selbstverlag), S. 110.

<sup>41</sup> Vgl. Reinhard Müller/Birgit Süß, *Die Entwicklung des Umweltvertragsrechts zwischen Deutschland, der früheren Tschechoslowakei und Polen, unter rückschauender Einbeziehung der Vertragspraxis der DDR*, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 53 (1993), S. 293–321, hier S. 300 f.; Michael von Berg, *Umweltschutzabkommen Bundesrepublik Deutschland/DDR*, in: Haendcke-Hoppe/Merkel (Hrsg.), *Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands*, S. 123–130, hier S. 124. Zum Erfolg der Anlagen vgl. Dietrich Jahn, *Die Sanierung der Berliner Gewässer*, in: *Stadt + Umwelt* (August 1989), S. 28.

<sup>42</sup> Vgl. Edith Sheffer, *Burned Bridge. How East and West Germans Made the Iron Curtain*, New York 2011, S. 210 f.

<sup>43</sup> *Stellungnahme zum „Entwurf eines Berichtes zu den Auswirkungen der Verschmutzung der deutsch-deutschen Grenzgewässer durch Einleitungen aus der DDR“*, k.D. [Sept. 1983], kein Verf. [erarbeitet im Auftrag von DDR-Umweltminister Reichelt], in: *BArch, DK 5 Nr. 5752*.

<sup>44</sup> *Geregelt durch die „Anordnung zur Sicherung des Geheimschutzes auf dem Gebiet der Umweltdaten“ vom 16. 11. 1982. Zur Geheimhaltung von Umweltdaten vgl. Carlo Jordan, *Umweltzerstörung und Umweltpolitik in der DDR: in: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung (Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*,*

Seite war es dagegen offensichtlich, wie es um den Fluss stand. Der Freistaat versuchte zuerst im Alleingang, dem stinkenden Gewässer durch eine Flußkläranlage in Neustadt-Wildenheid beizukommen, die dem zunehmenden Schmutz allerdings nicht Einhalt gebieten konnte<sup>45</sup>. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich West- und Ostdeutschland auf den Bau einer mechanisch-biologischen Kläranlage auf dem neuesten Stand der Umwelttechnik. Die Technik kam aus der Bundesrepublik, ein Teil der Finanzierung auch. 18 Millionen DM steuerten der Bund und das Land Bayern bei, um die Wasserqualität der Röden zu heben<sup>46</sup>. Die Kläranlage ging 1987 in Betrieb.

War die unzureichende Klärung kommunaler Abwässer bereits bedenklich, so wuchs sich die Belastung der Flüsse durch Industrieabwässer streckenweise zu einer Vergiftung aus. Investitionen in die Reinigung industrieller Abwässer tätigte die DDR erst, wenn wie im Falle der Saale das Flusswasser noch nicht einmal mehr zu Kühlzwecken taugte und in Betrieben am Unterlauf zu Produktionsausfällen führte<sup>47</sup>. In der Regel durchliefen industrielle Abwässer nur eine mechanische Klärung, bei der Ballast- und Schwebstoffe sich in einem Becken absetzten, anschließend durch Siebe, Fett- und Ölabscheider geleitet und in einen Fluß entlassen wurden. Der Rest blieb der „natürlichen Selbstreinigungskraft des Gewässers“ überlassen<sup>48</sup>. Davon war in der Elbe und ihren Zuflüssen in den 1980er Jahren nichts mehr übrig. Die Kontaminierung des Flusses begann schon in der Tschechoslowakei und setzte sich in der DDR fort. Zwar verwiesen die DDR-Experten regelmässig auf eine „grössere Selbstreinigungsstrecke“ zwischen Magdeburg und Boizenburg und erklärten, dass die Elbe beim Verlassen der DDR „nicht unzulässig verschmutzt sei“<sup>49</sup>. Aus bundesdeutscher Sicht führte der Fluss, im niedersäch-

---

Bd. II/3), Baden-Baden 1995, S.1770–1790, hier S.1786. Die Anordnung war spätestens 1985 in der Bundesrepublik bekannt; vgl. Peter Wensierski, „Wir haben Angst um unsere Kinder“, in: Der Spiegel vom 8. 7. 1985, S. 64. In der DDR wurde sie 1988 vom grün-ökologischen Netzwerk „Arche“ in der Untergrund-Zeitung Arche Nova veröffentlicht.

<sup>45</sup> Problemerkatalog der Grenzkommission für das Gebiet des Freistaates Bayern. Stand: 1. 1. 1977, in: BayHStA, StK Nr. 19673; „Grenzen. Teuflische Dinger“, in: Der Spiegel vom 1. 7. 1974, S. 43.

<sup>46</sup> Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Innerdeutsche Regelung im Bereich der Gewässerreinigung: Vereinbarung mit der DDR in der Grenzkommission über Maßnahmen zum Schutz der Röden im bayerisch-thüringischen Grenzgebiet, in: Bulletin Nr. 106 vom 13. 10. 1983, S. 969; „Modellfall für innerdeutschen Umweltschutz“, in: Wiesbadener Tagblatt vom 13. 10. 1983.

<sup>47</sup> Vgl. Peter Wensierski, Umweltprobleme in der DDR. Eine Einführung, in: Geographische Rundschau 39 (1987), H. 11, S. 604f.

<sup>48</sup> Peter Wensierski, Von oben nach unten wächst gar nichts. Umweltzerstörung und Protest in der DDR, Frankfurt a.M. 1986, S. 141–147, Zitat S. 143; vgl. Buck, Umweltpolitik, in: Kuhrt u. a. (Hrsg.), Ende, Bd. 2: Wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR, S. 244; Würth, Umweltschutz, S. 236–240.

<sup>49</sup> Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) II 7, Vermerk betr. Expertengespräch mit der DDR über die Verschmutzung der Elbe, 2. 2. 1983, in: BArch, B288 Bd. 113. Das Argument der Selbstreinigungsstrecke der Elbe hinter Magdeburg bereits in: Erfassung der Interessenlage der DDR zur Aufnahme von Verhandlungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes mit der BRD k. D. [6. 11. 1973], in: BArch-SAPMO, Politbüro DY 30/J IV 2/2, S. 4.

sischen Schnackenburg angekommen, jedoch gut 80 Prozent seiner Abwasserfracht bereits mit sich. Diese bestand aus jährlich etwa 25 Tonnen Quecksilber, 13 Tonnen Cadmium, 120 Tonnen Blei sowie 100 Tonnen Nickel, Kupfer und Chrom<sup>50</sup>. Als 1990 die erste gesamtdeutsche Gewässergütekarte erstellt wurde, musste eine neue Kategorie für den Zustand der Elbe eingeführt werden: Stufe 8 – ökologisch zerstört<sup>51</sup>. Das Drama der Elbe wiederholte sich entlang der innerdeutschen Grenze in fast jedem Bach und Fluß. Allerdings war es nicht die Elbe, die die Bundesregierung veranlasste, Verhandlungen mit der DDR über die grenzüberschreitende Gewässerverschmutzung zu suchen, sondern die Werra, die schon seit dem 19. Jahrhundert von der Kaliindustrie mit Salzen belastet wurde.

### **An der Werra salz'gem Strande. Die Vorgeschichte eines deutsch-deutschen Umweltproblems**

Die Werra entspringt im Süden des Thüringer Schiefergebirges in der Nähe des Rennsteigs. Im Mittellauf zwischen Hessen und Thüringen mäandrierte sie mehrfach über die innerdeutsche Grenze. Einer ihrer wichtigsten Zuflüsse, die Ulster, beginnt in der hessischen Rhön, durchfließt das thüringische Unterbreizbach und mündet im hessischen Philippstal in die Werra. Nach 298 Kilometern vereinigt sie sich bei Hannoversch Münden mit der Fulda und bildet die Weser. Zu beiden Seiten der Werra erstrecken sich Salzflöze, die Mitte des 19. Jahrhunderts zum Ausgangspunkt der deutschen Kalisalzindustrie wurden – einem Industriezweig, der um die Jahrhundertwende zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor der Region avancierte und wie selbstverständlich auf deren natürliche Ressourcen zurückgriff. Es galt nicht nur das Trinkwasser aus dem Fluß zu gewinnen oder zur Bewässerung der Felder zu verwenden, sondern auch Wirtschaftsabwasser dorthin abzuleiten. Allerdings belastete der Kalisalzbergbau die Werra schon bald so stark, dass der Abwasserkonflikt im Deutschen Reich zu einem zwischenstaatlichen Problem wurde. 1911 fanden sich in Naumburg an der Saale Kaligegner – Fischer, Landwirte, Fabrikanten, kommunale Vertreter – zu einer ersten Demonstration zusammen; an der Entsorgung der Salzabwässer, so zeigte sich rasch, hing die Existenz des ganzen Industriezweigs<sup>52</sup>.

---

Zur langen Tradition des Arguments von der Selbstreinigungskraft der Flüsse vgl. Thomas Rommelspacher, Das natürliche Recht auf Wasserverschmutzung. Geschichte des Wassers im 19. und 20. Jahrhundert, in: Franz-Josef Brüggemeier/Thomas Rommelspacher (Hrsg.), Besiegte Natur. Geschichte der Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert, München 1989, S. 42–63, hier S. 50 f.

<sup>50</sup> Zahlen in: Joachim Kahlert, Die Sanierung der Elbe als Aufgabe deutscher und europäischer Umweltpolitik: Programme, Instrumente und Kooperationen im Gewässerschutz. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Vereins für Politische Bildung und Soziale Demokratie am 12. und 13. September 1990 in Dresden, Bonn 1990, <http://library.fes.de/fulltext/fo-wirtschaft/00275toc.htm> [April 2013].

<sup>51</sup> BMU, Die ökologische Sanierung und Entwicklung in den neuen Ländern, <http://www.bmu.bund.de/leitung/doc/45188.php> [April 2013].

<sup>52</sup> Die Geschichte der Werra war bereits mehrfach umwelthistorischer Untersuchungsgegenstand. Vgl. Ulrich Eisenbach, Kaliindustrie und Umwelt, in: Ders./Akos Paulinyi (Hrsg.), Die

1913 trat erstmals eine eigens gegründete preußisch-thüringische Kali-Abwasserkommission in Kassel zusammen, die fortan die Salzeinleitungen regulieren sollte. Aber auch der nun erstellte Salzplan und Flußwasserkontrollen konnten die Chloridkonzentration der Werra nicht unter Kontrolle bringen. Werte von 500 bis 1500 Milligramm pro Liter (mg/l) traten regelmäßig auf. Gewässerexperten analysierten noch vor dem Ersten Weltkrieg die Folgen für die Tier- und Pflanzenwelt und prognostizierten die Entwicklung einer azonalen Salzflora. 1925 kam es erstmals zu einer „Wasserblüte“, also zur massenhaften Vermehrung von salzliebenden Kieselalgen, und einem anschließenden Fischsterben<sup>53</sup>. Bremen kämpfte schon seit 1912 gegen die Versalzung des Trinkwassers und forderte, den vom Reichsgesundheitsamt empfohlenen maximalen Chloridgehalt von 250 mg/l einzuhalten. Durchsetzen konnte Bremen diesen Wert nie.

In den 1930er Jahren ließ die Stadt schließlich von ihren Protesten ab. Die Kaliindustrie hatte sich das Wohlverhalten Bremens mit der Zusage erkaufte, in Zukunft einen großen Teil ihrer Exporte über den Bremer Hafen abzuwickeln. Gleichzeitig erhielt Bremen eine 200 km lange Trinkwasserleitung aus dem Harz<sup>54</sup>. Im Zweiten Weltkrieg wurde der Chlorid-Grenzwert per Sonderregelung von 1780 mg/l auf 2500 mg/l heraufgesetzt; die Sonderregelung geriet nach Kriegsende zum Dauerzustand<sup>55</sup>. Damit lag die Versalzung der Werra weit über der biologischen Störungsschwelle: Salz führt in einer Konzentration ab 250 mg/l zu einer Verhärtung des Wassers und wird nicht länger zum Verzehr empfohlen. Ab 650 mg/l ist die landwirtschaftliche Nutzung von Wasser zur Feldberegnung oder zur Tränke von Vieh ausgeschlossen. Süßwasserorganismen zeigen unterschiedliche Toleranzen: Bei einem Salzgehalt von etwa 500 mg/l geht der heimische Flußkrebs ein, bei 2000 mg/l trifft es Flußmuschel und Wasserassel und bei 2500 mg/l viele heimische Fischarten, von denen selbst der Aal bei etwa 4000 mg/l stirbt<sup>56</sup>.

Die Kaliindustrie reagierte auf die staatliche Regulierung mit der Suche nach Alternativen zur Salzeinleitung. Schon 1912 kam die Idee von „Laugenkanälen“

---

Kaliindustrie an Werra und Fulda. Geschichte eines landschaftsprägenden Industriezweigs, Darmstadt 1998, S. 194–222; Jürgen Büschenfeld, Der harte Kampf um weiches Wasser. Zur Umweltgeschichte der Kaliindustrie im 19. und 20. Jahrhundert, in: Carl-Hans Hauptmeyer (Hrsg.), Mensch – Natur – Technik. Aspekte der Umweltgeschichte in Niedersachsen und angrenzenden Gebieten, Bielefeld 2000, S. 79–109. Vgl. auch Jürgen Büschenfeld, Flüsse und Kloaken. Umweltfragen im Zeitalter der Industrialisierung, 1870–1918, Stuttgart 1997, Kapitel 5.

<sup>53</sup> Vgl. Gerd Hübner, Ökologisch-faunistische Fließgewässerbewertung am Beispiel der salzbelasteten unteren Werra und ausgewählter Zuflüsse, Diss., Universität Kassel (Gewässerökologie) 2007, S. 27f.; zur „Salzflora“ vgl. Büschenfeld, Der harte Kampf ums weiche Wasser, in: Hauptmeyer (Hrsg.), Mensch – Natur – Technik, S. 87–89.

<sup>54</sup> Vgl. ebenda, S. 100.

<sup>55</sup> Vgl. Eisenbach, Kaliindustrie, in: Ders./Paulinyi (Hrsg.), Die Kaliindustrie an Werra und Fulda, S. 205 u. S. 216.

<sup>56</sup> G. Buhse, Versalzung der Werra und Oberweser und Abwässer der Kali-Industrie, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover (künftig: NLA-HH), Nds. 600 Acc. 143/92 Nr. 11; vgl. auch Eisenbach, Kaliindustrie, in: Ders./Paulinyi (Hrsg.), Die Kaliindustrie an Werra und Fulda, S. 219.

auf. Pipelines von hunderten Kilometern Länge sollten die Salzlauge vom Kalirevier in die Weser bei Bremen oder in die Unterelbe transportieren. Das Projekt erwies sich jedoch als zu kostspielig<sup>57</sup>. Stattdessen galten die geologischen Bedingungen im Werrarevier als günstig für die sogenannte Versenkung und Verpressung von Endlauge. Ein Teil des Salzwassers wurde seit Mitte der 1920er Jahre in abgesoffene Gruben oder eigens abgeteufte Schluckbrunnen eingeleitet. Mit der Auslastung leicht erreichbarer Versenkräume ging man in den 1950er Jahren dazu über, die Lauge mit Druck in die unterirdischen Hohlräume einzupressen, um diese maximal auszunutzen. Bis Anfang der 1990er Jahre pumpeten die Kaliwerke entlang der Werra etwa 900 Millionen m<sup>3</sup> Abwasser in den Untergrund. Diese Methode stellte gegenüber der Einleitung in den Fluss das kleinere Übel dar, unproblematisch war sie aber nie. Kurz nach dem Beginn der Druckverpressung tauchten Berichte auf, dass Salzlauge aus dem Erdreich wieder austraten und landwirtschaftliche Nutzflächen verseuchten. Zudem hoben die eingeleiteten Abwässer den Grundwasserspiegel an oder erhöhten den Salzgehalt des Wassers. Oberflächenbiotope passten sich den neuen Verhältnissen an. In der Rohrlache von Heringen beispielsweise, einem 75 Hektar umfassenden Abschnitt der Werraaue, entwickelten sich seltene Salzwiesen mit einer artenreichen „Meeresstrand“-Vegetation, wie es schon vor 1914 prognostiziert worden war. Seit 1979 steht die Rohrlache unter Naturschutz<sup>58</sup>.

Auch wenn die Versalzung der Werra tiefere historische Wurzeln hat, so erreichte sie doch erst nach 1945 ihren Höhepunkt. 1947 legte die Kaliabwasserkommission die Grenzwerte und anteiligen Einleitquoten für die Salzfracht ein letztes Mal für Ost und West gemeinsam fest: knapp zwei Drittel entfielen auf die thüringischen Kaliwerke, gut ein Drittel blieb für die hessischen. Nach 1951 schickte die DDR keinen Vertreter mehr zu den Kommissionssitzungen und gab auch keine Auskunft über ihre Ablauge. Diese machten sich allerdings 1953/54 durch ein Fischsterben bemerkbar, das auf Salzkonzentrationen von über 6000 mg/l zurückging. Anfang der 1960er Jahre hatte die Versalzung der Werra eine Konzentration erreicht, die ein Gefrieren des Wassers verhinderte<sup>59</sup>. 1968 stellten die thüringischen Kalibetriebe die Versenkung der Salzlauge ein, da es kaum mehr geeignete unterirdische Hohlräume gab. Die Versenkungen gefährdeten zudem die Wasserversorgung von Eisenach und schädigten landwirtschaftliche

<sup>57</sup> Vgl. Büschenfeld, Der harte Kampf ums weiche Wasser, in: Hauptmeyer (Hrsg.), Mensch – Natur – Technik, S. 101.

<sup>58</sup> Vgl. Eisenbach, Kaliindustrie, in: Ders./Paulinyi (Hrsg.), Die Kaliindustrie an Werra und Fulda, S. 207–210; Büschenfeld, Der harte Kampf ums weiche Wasser, in: Hauptmeyer (Hrsg.), Mensch – Natur – Technik, S. 101–103; zur Rohrlache <http://www.widdershausen.de/rohrliche.html> [April 2013].

<sup>59</sup> Vgl. Hübner, Fließgewässerbewertung, S. 24–34; Jürgen Hulsch/Gerhard M. Veh, Zur Salzbelastung von Werra und Weser, in: Neues Archiv für Niedersachsen 27/4 (Dez. 1978), S. 367–377; Klaus-Martin Liersch, Salz in Werra und Weser, in: Geographische Rundschau 39 (1987), H. 11, S. 642–647. Liersch war Leiter des Göttinger Wasserwirtschaftsamtes, Hulsch und Veh waren Ministerialbeamte in Hannover.



Flächen<sup>60</sup>. Die Salzfracht ging fortan direkt in die Werra. Das Fischsterben verlagerte sich nun auch in die Weser; in der Werra konnten sich ohnehin keine Süßwasserorganismen mehr halten<sup>61</sup>.

Die Versalzung von Werra und Weser schlug von da an alle Rekorde, wie *Der Spiegel* 1976 anschaulich darlegte: „Würde man die Bundesbahn für den Transport der Salze im Weserbett heranziehen, müsste alle 55 Minuten ein Güterzug mit 40 Wagen à 15 Tonnen zur Nordsee rollen.“<sup>62</sup> In der Werra wurden im Herbst 1976 Spitzenwerte von bis zu 40.000 mg/l Chlorid gemessen, die im Unterlauf der Weser bei Bremen noch immer mit 2400 mg/l zu Buche schlugen. Damit war die Weser schon längst „salziger als die Nordsee“<sup>63</sup>. Die Trinkwasserversorgung von 476 Städten und Gemeinden mit rund fünf Millionen Einwohnern – darunter Bremen, dessen Trinkwasser Mitte der 1970er Jahre noch bis zu vierzig Prozent mit Weserwasser verschnitten war – galt als ernsthaft gefährdet, weil auch das Grundwasser durch die Versalzung in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Stadt Bremen musste 1982 die Trinkwassergewinnung aus der Weser einstellen, da bei der Aufbereitung des ohnehin stark versalzten Weserwassers durch den Zusatz von Chlor zudem ein zu hoher Bromoform-Gehalt auftrat<sup>64</sup>. Auch Brauchwasser ließ sich nur noch unter großem Aufwand aus der Weser gewinnen. Zudem kämpften technische Anlagen und Bauwerke entlang der Flüsse mit vorzeitigen Korrosionsschäden und Materialermüdung: Turbinen, Rohre, Brückenpfeiler, Schiffsrümpfe – das Salz nagte an Stahl und Beton und richtete jährlich Schäden von schätzungsweise 65 Millionen DM an<sup>65</sup>. Die Versalzung, resümierte ein leitender Beamter im niedersächsischen Umweltministerium 1980, „stellt zur Zeit das größte Umweltproblem zwischen der DDR und der Bundesrepublik dar“<sup>66</sup>.

Wie im Falle der Röden hatten DDR-Stellen alle nötigen Informationen zur Lage an Werra und Weser. Eine interne Expertise listete 1971 bereits alle zu erwartenden Schäden durch Kaliabwässer auf:

- „– Schädigung einer Anzahl großer Grundwasserwerke im Wesergebiet
- Uferfiltrat kann nicht mehr zur Trinkwasserversorgung gewonnen werden

<sup>60</sup> Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, 9.6.1977, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434; vgl. auch Eisenbach, Kaliindustrie, in: Ders./Paulinyi (Hrsg.), Die Kaliindustrie an Werra und Fulda, S. 218.

<sup>61</sup> Vgl. ebenda, S. 216–220; Hulsch/Veh, Salzbelastung, S. 367–377; Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Wesereinzugsgebiet (AAW): Trinkwasserversorgung von fünf Millionen Menschen im Wesereinzugsgebiet durch Weserversalzung beeinträchtigt, [Presseinformation, k. D., wohl 1980], in: HStA Han, Nds. 800 Acc. 2001/090 Nr. 171.

<sup>62</sup> „Dass der Fluss so krank ist...“, in: *Der Spiegel* vom 27. 9. 1976, S. 69.

<sup>63</sup> „Umwelt: Lenkt die DDR ein?“, in: *Der Spiegel* vom 25. 9. 1978, S. 18 f. Die Salzkonzentration der Ostsee beträgt 11.000 mg/l, jene der Nordsee 19.000 mg/l; vgl. Hulsch/Veh, Salzbelastung, S. 371.

<sup>64</sup> Vgl. Liersch, Salz in Werra und Weser, S. 642–647; zum Bromoform-Gehalt: Freie Hansestadt Bremen, Senator für Gesundheit und Umweltschutz, an Gerhard W., Doktorand, 25. 5. 1981, in: NLA-HH, Nds. 800 Acc. 2001/090 Nr. 173.

<sup>65</sup> Vgl. die Schadensschätzung von 1988 bei Herbert Schäfer, „Hier beginnt die Nordsee.“ Bonn und DDR streiten um verschmutzte Flüsse, in: *Die Zeit* vom 20. 5. 1988.

<sup>66</sup> Vermerk MR Jürgen Hulsch, 25. 1. 1980, in: NLA-HH, Nds. 800 Acc. 2001/090 Nr. 171.

- Bremen kann nur noch 50% des Trinkwassers aus der Weser entnehmen
- Auswirkung der Versalzung auf den Mittellandkanal (in den bei Minden Weserwasser eingespeist wird) bis in den Raum von Münster
- Beeinträchtigung der Flußwasserentnahme für industrielle Zwecke
- Schädigung der Werrafischerei
- Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Wassernutzung aus Werra, Weser und Mittelland-Kanal.<sup>67</sup>

Allerdings zogen die DDR und die Bundesrepublik fundamental andere Schlüsse aus den bekannten Umweltdaten und fanden bis zum Untergang der DDR zu keiner Einigung, die die Werra entlastet hätte. Welche Faktoren behinderten die Kooperation der Flußanrainer, von der beide Seiten und vor allem die Flüsse profitiert hätten?

### Keine Hilfe für die Werra

Beide deutsche Staaten erlebten Anfang der 1970er Jahre einen ökologischen Aufbruch, der in der DDR mit dem Amtsantritt Erich Honeckers zusammenfiel. Umweltpolitik und Naturschutz erschienen kurzfristig als ein neues Betätigungsfeld, mit dem sich die DDR international profilieren könnte. Bis 1975 entstand neben einem Umweltministerium auch eine theoretisch vorbildliche Umweltgesetzgebung. Allerdings verebbte dieser Elan rasch, weil die DDR ihre eigenen Umweltgesetze volkswirtschaftlich nicht umsetzen konnte oder andere politische Prioritäten setzte, die den Wohnungsbau und die Konsumgüterwirtschaft betrafen<sup>68</sup>. Das volkswirtschaftliche Unvermögen, in Umweltschutz zu investieren, wurde auch ideologisch flankiert. Die DDR betrachtete Umweltverschmutzung als „Hinterlassenschaft des Kapitalismus“. Das Ziel der kapitalistischen Produktionsweise sei die Gewinnmaximierung, was zwangsläufig zu einer Unterordnung der Ökologie und zu einem Raubbau an den natürlichen Ressourcen führe. Der Sozialismus hingegen ermögliche die Einheit von Ökonomie und Ökologie und schaffe harmonische Mensch-Umwelt-Beziehungen. Da die sozialistische Produktionsweise

<sup>67</sup> AG II. Forderungen und Verbindlichkeiten der DDR aus der Instandhaltung und dem Ausbau sowie Probleme aus der Abwasserbelastung der Grenzwasserläufe, 10. 3. 1971, in: BArch, DK 5 Nr. 1498. Das Schriftstück war 1971 von den Justitiaren der „Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Forderungen und Verbindlichkeiten der DDR gegenüber der BRD auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft“ (AG II) im Amt für den Rechtsschutz des Vermögens der DDR (AFR) erstellt worden. Es sollte mögliche Schadensforderungen der Bundesrepublik an die DDR in Bezug auf Grenzgewässer antizipieren. Es wurde am 15. 4. 1971 vom Leiter des AFR, Hermann Kleyer, an den Leiter des Amtes für Wasserwirtschaft, Johann Rochlitzer, übermittelt.

<sup>68</sup> Vgl. Jörg Roesler, System- oder konjunkturbedingte Unterschiede? Zur Umweltpolitik in der DDR und der Bundesrepublik in den 70er und 80er Jahren, in: Deutschland-Archiv 39 (2006), S. 480–488; Radkau, Ära der Ökologie, S. 521; Andreas Dix/Rita Gudermann, Naturschutz in der DDR. Idealisiert, ideologisiert, instrumentalisiert?, in: Hans-Werner Frohn/Friedemann Schmoll (Hrsg.), Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906–2000, Münster 2006, S. 578–590; Überblick Umweltgesetzgebung, in: von Berg, Zum Umweltschutz in Deutschland, S. 376f.

nicht auf Maximalprofit ausgerichtet sei, werde sie zwangsläufig langfristig die überlieferten Umweltschäden überwinden<sup>69</sup>. In konkreten Verhandlungen war es aber keineswegs die „reine Lehre“, die Gespräche zwischen beiden deutschen Staaten immer wieder zum Erliegen brachte, sondern die Frage der Verantwortlichkeit: Die Bundesrepublik argumentierte mit dem Verursacherprinzip, die DDR mit dem Nutznießerprinzip. Die DDR verursache den Schaden, also müsse sie ihn auch beheben, hieß es aus Bonn. Die Bundesrepublik habe den Nutzen von Verbesserungsmaßnahmen, also solle sie zahlen, hieß es aus Ost Berlin.

Mit diesen unvereinbaren Ausgangspositionen endeten die Blockaden für Umweltgespräche aber noch nicht. Zwischen 1974 und 1980 verweigerte die DDR alle umweltpolitischen Gespräche mit dem Verweis auf das „widerrechtlich“ in West-Berlin eingerichtete Umweltbundesamt (UBA). Innenminister Hans-Dietrich Genscher entschied 1973, ein neuzugründendes Amt für Umweltfragen in West-Berlin anzusiedeln, um die Bundespräsenz in der geteilten Stadt zu erhöhen und dort anspruchsvolle Arbeitsplätze zu schaffen. Der Plan beruhte auf einer durchaus eigenwilligen Lesart des Viermächteabkommens von 1971, das West-Berlin zwar den Status absprach, „Bestandteil“ der Bundesrepublik zu sein, allerdings die Konzession machte, dass „Bindungen“ zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik „aufrechterhalten und entwickelt werden“ könnten. Die Bundesregierung betrachtete die neue Bundesbehörde in diesem Sinn, die DDR hingegen erkannte eine eklatante Verletzung des „vierseitigen Abkommens“ und konnte sich dabei auf die volle Rückendeckung Moskaus verlassen<sup>70</sup>. Daran änderte auch die Wortakrobatik des Innenministeriums nichts, das anstatt eines Bundesumweltamtes lediglich ein Umweltbundesamt nach West-Berlin schicken wollte. Kurzfristig reagierte die DDR mit Schikanen auf den Transitstrecken nach West-Berlin<sup>71</sup>, längerfristig blockierte sie alle deutsch-deutschen Verhandlungen in Umweltfragen. Ein Umweltabkommen, für das im Anschluss an den Grundlagenvertrag schon 1973 Gespräche aufgenommen worden waren, kam erst 1987 zustande<sup>72</sup>.

<sup>69</sup> Vgl. ebenda, S. 375 f.; Jörg Roesler, *Umweltpolitik und Umweltprobleme in der DDR*, Erfurt 2006, S. 8; Karl-Hermann Hübler, *Umweltpolitik zwischen Theorie und Umwelrealität in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR – Ein Vergleich*, in: Haendcke-Hoppe/Merkel (Hrsg.), *Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands*, S. 13–39.

<sup>70</sup> Zum Konflikt um das UBA vgl. Hermann Wentker, *Bundespräsenz in West-Berlin. Perzeption, Propaganda und Politik der SED-Führung*, in: Michael C. Bienert/Uwe Schaper/Hermann Wentker (Hrsg.), *Hauptstadtanspruch und symbolische Politik. Die Bundespräsenz im geteilten Berlin, 1949–1990*, Berlin 2012, S. 241–262, hier auf S. 255 ein Hinweis auf Ungleichheiten bei den amtlichen Übersetzungen des Abkommens: Während die westlichen Texte davon sprachen, daß „Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik [...] aufrecht erhalten und entwickelt werden“, sprach die russische Version allein von „Verbindungen“. Eine amtliche deutsche Version des Abkommens lag nicht vor, so dass Auseinandersetzungen über die Übersetzungen aufkommen konnten.

<sup>71</sup> Vgl. „Kneift gewaltig“, in: *Der Spiegel* vom 24. 6. 1974, S. 23 f.; „Berlin: ‚Schikanen auf niedriger Ebene‘“, in: Ebenda vom 5. 8. 1974, S. 17–19.

<sup>72</sup> Vgl. *Dokumente zur Deutschlandpolitik (DzD)*, Bd. VI,3, bearb. von Monika Kaiser, Daniel Hofmann und Hans-Heinrich Jansen, München 2005, Dok. Nr. 87H, S. 344 f. u. Dok. Nr.

Das Tauziehen um das Umweltbundesamt macht deutlich, dass Umweltgespräche auf beiden Seiten stets in einem komplexen deutschlandpolitischen Zusammenhang standen und sich inhaltlich oder zeitlich mit anderen Sachfragen überschneiden. In diesem Geflecht konnten Umweltfragen kurzfristig mit anderen Politikfeldern verknüpft oder befrachtet werden. Die DDR antwortete 1983 auf erste westdeutsche Anfragen zur Sanierung der Elbe mit der leidigen Grenzfrage. Die Bundesrepublik bestand darauf, dass die Demarkationslinie am Ostufer der Elbe verlaufe, die DDR behauptete, sie liege in der Strommitte. Freilich wusste die DDR-Führung ganz genau, dass die Frage der Elbgrenze auf westdeutscher Seite eines der wenigen verbliebenen deutschlandpolitischen Prinzipien war, das weder Bonn noch Hannover aufgeben würden. Die Grenzfrage war für die DDR also ein belastbares Hindernis, mit der sich Umweltgespräche verlässlich verzögern ließen. Erst Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble machte 1988 den Weg für Verhandlungen frei, indem er die Frage der Elbsanierung kurzerhand mit der Neuverhandlung der 1989 auslaufenden Transitregelung für West-Berlin verknüpfte und die Höhe der Transitpauschale von der Aufnahme konstruktiver Gespräche über die Elbe abhängig machte<sup>73</sup>. Angesichts der Tatsache, dass die Bundesregierung 1981 ursprünglich von den Ländern entlang der Elbe zu Verhandlungen mit der DDR gedrängt werden musste, war dies eine überraschend entschlossene Vorgehensweise<sup>74</sup>.

## Deutsch-deutsche Verhandlungen

Im Falle der Versalzung von Werra und Weser zeigten sich die Hindernisse für eine innerdeutsche Anrainerkooperation immer wieder. Seit die thüringischen Kaliwerke die Versenkung der Kalilaugen 1968 eingestellt hatten und sie stattdessen direkt in die Werra leiteten, war die Salzbelastung des Flusses ein drängendes

---

240, S. 788, jeweils mit Anmerkungen; vgl. außerdem von Berg, Umweltschutzabkommen, in: Haendcke-Hoppe/Merkel (Hrsg.), Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands, S. 123–130. Das Umweltabkommen wurde bei Erich Honeckers Besuch in Bonn 1987 unterzeichnet.

<sup>73</sup> Zur Elbgrenze, Elbsanierung und Transitpauschale vgl. Karl-Rudolf Korte, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989, Stuttgart 1998, S. 417–431.

<sup>74</sup> Die Ständige Vertretung (StÄV) hielt 1981 Gespräche mit der DDR angesichts der Grenzfrage für wenig aussichtsreich. Sie ging im Übrigen davon aus, daß die Länder Verhandlungen mit der DDR über die Elbe „just for show“ forderten, um politischen Druck von Umweltaktivisten auf Bonn umzuleiten. Außerdem seien von der Elbverschmutzung nur wenige Fischer betroffen, die aber überproportional viel Medienecho erhielten: „Hinter den vom hohen Schwermetallgehalt des Elbwassers vor allem betroffenen Kreis der Elbaalfischer hat sich inzwischen eine Gruppe ‚radikaler‘ Umweltschützer gestellt, die über einen starken Rückhalt in den Medien verfügen. Der betroffene Kreis der Elbbinnenfischer ist mit 12 Personen klein und stände – ohne Öffentlichkeit – in keinem Verhältnis zu den politischen Implikationen, die mit dem Versuch einer Beseitigung des Schwermetallgehalts des Elbwassers verbunden sind.“ Zitat StÄV, Vermerk, Verunreinigung der Elbe, hier 2. Ressortgespräch im BMI am 25. 3. 1981, 26. 3. 1981, in: BAArch, B288, Bd. 112. Zum Protest der Elbfischer vgl. „Elbe: ‚Wir hängen jetzt total auf Null‘“, in: Der Spiegel vom 25. 5. 1981, S. 52–57.

Problem für Westdeutschland geworden. Erste Versuche, die Angelegenheit auf Verwaltungsebene anzusprechen, scheiterten an einem der Dauerbrenner im deutsch-deutschen Verhältnis: der Frage der staatlichen Anerkennung der DDR. Die Bundesrepublik, hieß es in einer Stellungnahme von 1971, könne Schadensersatzansprüche allein aus dem Völkerrecht herleiten, was wiederum die Anerkennung der DDR als Völkerrechtssubjekt voraussetze. „Solange Westdeutschland an dem Prinzip der Alleinvertretungsanmaßung festhält, kann es demgemäß derartige Forderungen nicht geltend machen.“<sup>75</sup> Auf der unteren Ebene ausgebremst, brachten Bonner Vertreter das Thema bei den Verhandlungen über den Grundlagenvertrag zurück auf die Agenda<sup>76</sup>. Der Vertrag von 1972 sah zukünftige Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten vor, „um zur Abwendung von Schäden und Gefahren für die jeweils andere Seite beizutragen“<sup>77</sup>. In den Vorarbeiten für ein deutsch-deutsches Umweltabkommen firmierten die Kaliabwässer in Werra und Weser zwar bald als das drängendste Problem, doch die Querelen um das Umweltbundesamt setzten den Gesprächen ein schnelles Ende. Die DDR brach sie 1974 ab, die Salzfracht ergoss sich weiter in den Fluss<sup>78</sup>.

Offiziell herrschte bis 1980 Funkstille. Zwar hatte die DDR-Führung kein Interesse, die Salzeinleitungen ihrer Industrie zu thematisieren, allerdings wollte sie sehr wohl die umfangreichen Laugenversenkungen der westdeutschen Kalibetriebe ansprechen. Im Februar 1975 stellten Bergleute der thüringischen Grube „Marx-Engels“ Laugenzuflüsse in einem Schacht fest. Zudem wies das Trinkwasser von Unterbreizbach erhöhte Salzwerte auf, Laugen traten aus dem Boden wieder auf. Am 23. Juni stürzte der betreffende Schacht ein. Die DDR-Führung machte die Laugenverpressung der westdeutschen Werke Hattorf und Wintershall für dieses „seismische Ereignis“ verantwortlich und verlangte Schadensersatz von rund 80 Millionen Valutamark (VM)<sup>79</sup>. Die Bundesregierung wies die Forderungen der DDR entschieden zurück und legte ein Gutachten vor, das den Gru-

<sup>75</sup> AG II. Forderungen und Verbindlichkeiten der DDR aus der Instandhaltung und dem Ausbau sowie Probleme aus der Abwasserbelastung der Grenzwasserläufe, 10. 3. 1971, in: BArch, DK 5 Nr. 1498. Zu den Auswirkungen des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs auf grenzübergreifende Verwaltungsprobleme auf Gemeinde- und Landkreisebene vgl. Sagi Schaefer, *Ironing the Curtain: Border and Boundary Formation in Cold War Rural Germany*, PhD. Diss. Columbia University 2011, Kapitel III.

<sup>76</sup> Vgl. „Ostpolitik: Salz in der Werra“, in: *Der Spiegel* vom 1. 12. 1969, S. 27 f.

<sup>77</sup> Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. 12. 1972, Zusatzprotokoll II zu Artikel 7, Ziffer 9, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 155 vom 8. 12. 1972, S. 1843 f.

<sup>78</sup> Eine Zusammenfassung der Entwicklung in: NLA-HH, Nds. 800 Acc. 2001/090 Nr. 171, Niedersächsischer Landtag, 9. WP. Niederschrift über die 15. Sitzung des Ausschusses für Umweltfragen, 21. 12. 1979.

<sup>79</sup> Ministerrat der DDR. Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Vorsitzenden, 30. 5. 1975, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434; Mittag an Honecker, 14. 1. 1976, in: Ebenda. Diese Quelle beziffert den Schaden auf 72,7 Mio VM. Spätere Forderungen an die Bundesrepublik lagen bei 80–94 Mio. VM. Vgl. außerdem Ministerium für Staatssicherheit, Information Nr. 588/75 über die Einbringung bzw. Lagerung von Schadstoffen [...] in der Nähe der Staatsgrenze der DDR, 21. 8. 1975, in: BStU, MfS Z2421, fol. 01–04.

bensturz auf bergtechnische Fehler der DDR-Kombinate zurückführte. Die Stützpfiler, die das Deckgebirge tragen, seien in den Gruben zu stark beschnitten worden, um die Rohsalzausbeute zu erhöhen<sup>80</sup>. Das Kanzleramt bestritt bei dieser Gelegenheit auch den Versenkrücklauf aus hessischen Verpressungen<sup>81</sup>. Allerdings quollen die Salzlaugen auch westlich der Grenze wieder aus dem Untergrund und stellen bis heute ein Problem dar; in diesem Punkt dürfte die DDR ein berechtigtes Monitum gehabt haben<sup>82</sup>.

Obwohl der Wirtschaftssekretär des SED-Zentralkomitees Günter Mittag keine Erwartungen hegte, dass Bonn die Schadenersatzansprüche der DDR anerkennen würde, empfahl er Honecker, Gespräche über die Sicherheit im grenzüberschreitenden Bergbau zu genehmigen<sup>83</sup>. Es ging nicht zuletzt um die Unversehrtheit des DDR-Territoriums, denn die westdeutschen Kalilaugen unterwanderten im wahrsten Sinne des Wortes die Grenze<sup>84</sup>. Die DDR-Führung glaubte, hier ein Muster zu erkennen: die westdeutschen Kaliwerke verpressten Laugen in grossem Stil, um „auf Kosten der DDR den Forderungen von BRD-Stellen zum Umweltschutz“ nachzukommen. In ähnlicher Weise verlagerten die Westdeutschen bei der Wahl von Gorleben als Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum die „Sicherheitsrisiken weitgehend auf das Territorium der DDR“<sup>85</sup>.

In Ost-Berlin war allerdings klar, dass Bonn jedwede Ansprache zum Thema Kalibergbau nutzen würde, die Frage der Werraversalzung aufzugreifen. Tatsächlich kam eine Expertise aus Hans Reichelts Umweltministerium zu dem Schluss, dass angesichts wachsender Umweltbelastungen der internationale Trend auf die vertragliche Regelung von Anrainerproblemen hinauslaufe. Der Weiterentwick-

<sup>80</sup> Da diese Praxis fahrlässig beibehalten wurde, kam es im März 1989 zu einem katastrophalen Gebirgsschlag, bei dem das Grubengebäude des Kaliwerks „Ernst Thälmann“ auf einer Fläche von 6,8 Quadratkilometern zusammenbrach und Erschütterungen eines mittleren Erdbens auslöste, die bis nach Frankfurt am Main reichten. Vgl. Eisenbach, Kaliindustrie, in: Ders./Paulinyi (Hrsg.), Die Kaliindustrie an Werra und Fulda, S. 210–212; Karl-Heinz Baum, Wie die DDR einst Hessen erschütterte, in: Frankfurter Rundschau vom 2. 11. 1996, S. 3.

<sup>81</sup> Bonner Antwort auf DDR-Forderungen, übergeben von MinDirg Stern, Bundeskanzleramt (BkA), 21. 6. 1976, Telegramm der Auslandsvertretung (AV) Bonn, gez. Baumgärtel, k. D., und Erklärung der Regierung der Bundesrepublik [im Zusammenhang mit der Übergabe des Gutachtens vom 22. 6. 1977], 30. 6. 1977, alle in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434; westdeutsche Erklärung für den Deckensturz in BMB II 7, Aufzeichnung zum Stand der Verhandlungen über Maßnahmen zur Reduzierung der Werraversalzung und Versenkung, 15. 11. 1986, in: BayHStA, StK Nr. 19611.

<sup>82</sup> Zum heutigen Versenkrücklauf vgl. „Alarm am Monte Kali“, in: Der Spiegel vom 24. 8. 2009, S. 42–44.

<sup>83</sup> Mittag an Honecker, 14. 1. 1976, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434.

<sup>84</sup> „Ein Teil der in den Untergrund verpreßten Abwässer wird [...] unterirdisch auf das Territorium der DDR gedrückt und die Versenkräume der DDR in diesem Gebiet damit mitgenutzt.“ Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Vorschläge für das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit der Beseitigung der Abwässer der Kaliindustrie, 9. 6. 1977, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434.

<sup>85</sup> Kali-Zitat in Ministerrat der DDR. Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Vorsitzenden, 30. 5. 1975, Gorleben-Zitat in: Direktive für die Führung von Sondierungsgesprächen mit der BRD und für das weitere Vorgehen zu Fragen des Kaliabbaus im Werra-Kalirevier, 5. 8. 1978, beide in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434.



lung des Völkerrechts in diesem Punkt würde sich die DDR auf Dauer nicht verschließen können. Es sei also davon auszugehen, dass die Entsorgung der Kaliabwässer in der Werra „nicht mehr für längere Zeit aufrechtzuerhalten ist“, weil sie die Beziehungen zur Bundesrepublik „ernsthaft“ gefährden könne. Andererseits: die Kalivorräte waren endlich, ihr Abbau würde irgendwann zum Erliegen kommen. Bis es aber soweit war, riet Reichelt, sollte „die volkswirtschaftlich für die DDR günstigste Form der Ableitung über die Werra“ gesichert werden – Kaliabbau so lange wie möglich und so billig wie möglich. Damit war die Verhandlungsstrategie klar: Es galt, „die Aufnahme von Verhandlungen zur Werraversalzung oder anderen Umweltfragen hinaus[zu]zögern“<sup>86</sup>. Dieses Ziel erreichte die DDR auch. Sieben Expertentreffen zur Kali-Bergbausicherheit, 14 Verhandlungsrunden zur Reduzierung der Laugenversenkung und Werraversalzung und vier Sondierungsgespräche brachten für die Werra bis zum Zusammenbruch der DDR keine Erleichterung<sup>87</sup>.

In der Welt deutsch-deutscher Beziehungen, in der oft nur kleine Schritte möglich waren, kamen die Bonner Delegationen hin und wieder zu dem Schluss, kleine Erfolge erzielt zu haben. Über die Gespräche zur Bergbausicherheit 1976/77, in denen die DDR die Anerkennung eines Kausalzusammenhangs zwischen Laugenverpressung und Grubenunglück forderte, war auf Wunsch der DDR-Delegation Stillschweigen vereinbart worden<sup>88</sup>. Von daher erschien es den Westdeutschen schon als Erfolg, das Gespräch von der Bergbausicherheit auf die Werraversalzung zu lenken und die Konsultationen öffentlich zu machen. Sechs Jahre nach dem Tauziehen um das Umweltbundesamt gaben beide Seiten im April 1980 die Aufnahme von Expertengesprächen bekannt<sup>89</sup>. In der Bundesrepublik hatte man die Schadensersatzforderung der DDR also geschickt als Conduite genutzt, die Werraversalzung auf die Tagesordnung zu setzen. Die DDR wiederum hatte erreicht, dass dieser Aspekt nur im Verbund mit den Problemen der Abwasser- verpressung und anderen kalibezogenen Fragen diskutiert wurde. Sofern die DDR sich überhaupt auf die Werraversalzung einlassen wollte – und es blieb ihr erklärtes Ziel, das zu vermeiden<sup>90</sup> –, versprach sie sich von solchen Kontakten Zugang zu westdeutscher Umwelttechnik. Zudem machte sie ihre Gesprächsbereitschaft von einer Bedingung abhängig: „Es dürften keine Kosten für die DDR

<sup>86</sup> Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Vorschläge für das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit der Beseitigung der Abwässer der Kaliindustrie, 9. 6. 1977, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434.

<sup>87</sup> Dokumentation über die Verhandlungen mit der BRD im Zusammenhang mit dem Kaliabbau im Werragebiet, k. D. [21. 3. 1989], in: Ebenda, DY 3023/1436. Der Zeitraum der Gespräche war 1976–1989.

<sup>88</sup> Bericht über das 1. Gespräch der Expertendelegation der DDR mit Vertretern der BRD [21. 12. 1976] zu den Problemen, die sich für die DDR durch das von BRD-Kaliwerken in der Nähe der Staatsgrenze der DDR vorgenommene Einpressen von Kaliabwässern ergeben, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434.

<sup>89</sup> Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 46 vom 30. 4. 1980.

<sup>90</sup> „Gespräche zur Werra-Versalzung sind unter Hinweis auf die Dringlichkeit der vorerwähnten Fragen [zur Laugenverpressung] nicht zu führen.“ Mittag an Honecker, 18. 4. 1979, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434.

entstehen.<sup>91</sup> Die DDR argumentierte in der Kostenfrage neben dem sattsam bekannten Nutznießerprinzip mit der ökologisch hanebüchenden Position, dass die Versalzung der Flüsse allein ein „Transitproblem“ sei: „Das Wasser [...] werde nur durch die Bundesrepublik Deutschland hindurchgeleitet und gelange schließlich in die Nordsee.“<sup>92</sup> Die Verhandlungen waren in kurzer Zeit festgefahren, nicht zuletzt deshalb, weil die DDR die Umwandlung der Vorgespräche in wirkliche Verhandlungen immer wieder „von einer konkreten Zusage einer finanziellen Beteiligung abhängig gemacht“ hatte<sup>93</sup>. Tatsächlich sah die DDR hier keinen Spielraum. Die Salzeinleitungen in die Werra waren für die Kombinate schon seit Jahren „ökonomisch die einzig mögliche Variante [zur] Sicherung der planmäßigen Kaliproduktion“<sup>94</sup>.

Das westdeutsche Verhandlungsziel, die Versalzung zu reduzieren, stellte aber die willkommene Möglichkeit dar, eine punktuelle Modernisierung der DDR-Kaliindustrie voranzutreiben. Die Umwelttechnik dazu sollte aus dem Westen kommen, und die DDR-Experten hatten klare Vorstellungen, welche Technik sie übernehmen wollten. In den Jahren der Funkstille war die alte Idee einer Salzwasser-Pipeline durch die niedersächsische und hessische Landespolitik begeistert. Eine solche 400-Kilometer-Leitung sollte die Kali-Abwässer der hessischen und thüringischen Betriebe von der Grenze direkt in die Nordsee pumpen. Das Pipeline-Projekt wäre mit 1,3 Milliarden DM das bis dato teuerste Umweltprojekt der Bundesrepublik geworden<sup>95</sup>. Es wurde nach einer Machbarkeitsstudie im Juni 1981 aufgegeben<sup>96</sup>. Die Bundesrepublik bot der DDR stattdessen die Errichtung von Flotationen<sup>97</sup> zur Trennung von Steinsalz und Kali beziehungsweise Kieserit aus dem Rohsalz an. Diese Technik wäre innerhalb von zwei bis drei Jahren einsatzfähig gewesen. Bonn befürwortete auch die Errichtung sogenannter Pufferspeicher. Solche Speicher hielten die Salzlaugen bei Niedrigwasser zurück und setzten sie erst bei höherer Wasserführung des Flusses frei. Dies

<sup>91</sup> Vermerk MR Hulsch, Versalzung von Werra und Weser, hier: Stand der Verhandlungen mit der DDR, 4. 2. 1980, in: NLA-HH, Nds. 800 Acc. 2001/090 Nr. 171.

<sup>92</sup> Ebenda, Nr. 173, Niedersächs. Landtag, 9. WP, Niederschrift über die 23. Sitzung des Ausschusses für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler sowie Fragen des Zonenrandgebietes, 16. 1. 1981, TOP 2: Gewässerfragen im Zonenrandgebiet, hier: Unterrichtung über den Stand der innerdeutschen Gespräche über Verringerung der Salzfracht von Weser und Werra.

<sup>93</sup> BMB II 7, Aufzeichnung zum Stand der Verhandlungen über Maßnahmen zur Reduzierung der Werraversalzung und Versenkung, 15. 11. 1986, in: BayHStA, StK Nr. 19611.

<sup>94</sup> Zusammengefaßte Übersicht über mit der BRD sowie mit Westberlin anstehende Fragen, die unmittelbar ökonomische Interessen der DDR berühren, 27. 5. 1977, in: DzD, Bd. VI, 5, bearb. von Daniel Hofmann, Hans-Heinrich Jansen und Anke Löbnitz, München 2011, Dok. Nr. 49, S. 180.

<sup>95</sup> „Gesalzene Rechnung“, in: Der Spiegel vom 4. 2. 1980, S. 72 u. S. 75. Dazu wären etwa 15 Millionen DM an jährlichen Unterhaltungskosten gekommen.

<sup>96</sup> Niedersächs. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an den Niedersächs. Ministerpräsidenten, 24. 6. 1981, in: NLA-HH, Nds. 800 Acc. 2001/090 Nr. 173.

<sup>97</sup> Zu den Verfahren der Kaliproduktion vgl. Hans-Jörg Wittich, Kurze Darstellung der Produktionsprozesse eines Kaliwerkes mit Beispielen der technischen Entwicklung in der Kaliverarbeitung, in: Eisenbach/Paulinyi (Hrsg.), Kaliindustrie an Werra und Fulda, S. 137–166, hier S. 153–156.

verdünnte die Laugen und verstetigte den Eintrag, denn Flora und Fauna in Werra und Weser litten nicht zuletzt an der stoßweisen Einleitung der Umweltgifte, an die sich kein Organismus langfristig anpassen konnte. Die DDR-Vertreter wollten aber lieber ein elektrostatisches Trennverfahren übernehmen, das die Kali & Salz AG (K&S) in Kassel unter Einsatz von 300 Millionen DM selbst entwickelt hatte. Dieses „ESTA-Verfahren“ hatte es der K&S erlaubt, ihre Salzeinleitungen zu senken, dafür türmten sich die Abraumsalze zu weithin sichtbaren Kalibergen („Monte Kali“). Wegen des aufwendigen Verfahrens kostete die hessische Kaliproduktion auch weit mehr als jene in Thüringen<sup>98</sup>.

Die ESTA-Technologie war natürlich kein Verhandlungsschiff, den die Bonner Vertreter einfach spielen konnten, da die K&S die Patente hielt. Eine Abtretung des technischen Know-Hows konnte sich der Vorstand nur vorstellen, wenn die DDR sich verpflichten würde, die im Verfahren anfallenden Nebenprodukte, vor allem das für die Düngerherstellung wichtige Kieserit, nicht auf dem Weltmarkt anzubieten. Dies hätte der K&S Wettbewerbsnachteile beschert, da die Kali-Industrie der DDR nicht zuletzt aufgrund ihrer Umweltsünden günstiger produzierte. Eine ESTA-Pilotanlage wäre zudem erst in sechs bis acht Jahren einsatzfähig gewesen und hätte neben den ohnehin höheren Kosten im Vergleich zur Flotation auch die Zahlung von Patentgebühren an die K&S erfordert. Wie üblich war die DDR auch diesmal „weder zur Zahlung dieser Gebühren noch zu der der Pilotanlage bereit und forderte eine Bezahlung durch die Bundesrepublik“<sup>99</sup>.

Auf westdeutscher Seite stellte sich bis Ende der 1980er Jahre Resignation ein. Offensichtlich wollte die DDR die Situation aussitzen und näherte sich Stück für Stück ihren eigenen Verhandlungszielen an. Das 1980 eingeführte ESTA-Verfahren reduzierte sowieso die westdeutsche Abwassermenge und damit die Verpressung von Laugen, ganz ohne eine deutsch-deutsche Übereinkunft<sup>100</sup>. 1984 unterzeichneten beide Seiten eine Regelung zur Arrondierung der Kaliabbaufelder entlang der Grenze, gefolgt von einer Regelung der Sprengzeiten ein Jahr später<sup>101</sup>. Die westdeutschen Vertreter konnten nicht übersehen, dass die DDR die für sie wichtigen bergtechnischen Fragen zügig anging, bei der für die Bundesrepublik zentrale Frage der Werraversalzung jedoch blockierte. Wollten die Bonner „nicht die Faustpfänder [...] verlieren“, mussten sie ihrerseits das Tempo der Verhandlungen drosseln<sup>102</sup>.

<sup>98</sup> Vgl. ebenda, S. 156–158.

<sup>99</sup> BMB II 7, Aufzeichnung zum Stand der Verhandlungen über Maßnahmen zur Reduzierung der Werraversalzung und Versenkung, 15. 11. 1986, in: BayHStA, StK Nr. 19611; vgl. auch „Im Koma“, in: Der Spiegel vom 31. 5. 1982, S. 48–52.

<sup>100</sup> Die westdeutsche Delegation informierte die DDR im Oktober 1980 über erste Erfolge mit dem ESTA-Verfahren. Bericht über das 3. Gespräch zu den mit dem Kaliabbau im Grenzgebiet zw. der DDR und der BRD zusammenhängenden Fragen am 17. und 18. Okt. 1980 in der Hauptstadt der DDR Berlin, 18. 12. 1980, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1435.

<sup>101</sup> Vgl. von Berg, Umweltschutzabkommen, in: Haendcke-Hoppe/Merkel (Hrsg.), Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands, S. 125 f.

<sup>102</sup> NLA-HH, Nds. 800 Acc. 2001/090 Nr. 173, Niedersächs. Landtag, 9. WP, Niederschrift über die 23. Sitzung des Ausschusses für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler sowie Fragen des Zonenrandgebietes, 16. 1. 1981.

Ungewollt stärkte auch die K&S die Position der DDR. Die Firma bemühte sich seit 1985 um eine Genehmigung, im Schutzstreifen bei Dankmarshausen Abraumsalz aufzuhalten. Die DDR war dem devisenträchtigen Ansinnen nicht abgeneigt, der sogenannte Dankmarshäuser Sack lag ohnehin brach. Geschickt verband sie die Zwangslage der K&S, neue Standorte für Kalihalden aufzutun, mit der altbekannten Forderung, Abwasserverpressungen auf hessischer Seite einzustellen<sup>103</sup>. Auch eine spektakuläre Protestaktion von Greenpeace brachte keinerlei Bewegung in die Verhandlungen. Die Öko-Aktivisten hatten 1986 unter dem Motto „Zurück an den Absender“ einen Zentner Salz vor das Ost-Berliner Umweltministerium gekippt, das sie zuvor aus Werra-Wasser herausgesiedet hatten<sup>104</sup>. Es musste schon als Erfolg gelten, dass die DDR Ende der 1980er Jahre wenigstens Versuche mit einem Pufferspeicher durchführte. Den Dauerbetrieb eines Speichers in der Gerstunger Mulde machte die DDR allerdings wie gehabt von Finanzhilfe aus dem Westen abhängig. Die Bundesrepublik sollte sich nicht nur an den Investitions-, sondern auch an den laufenden Betriebskosten beteiligen<sup>105</sup>.

Für die Westdeutschen waren Fortschritte in der Frage der Werraversalzung also nur zu erkaufen. Ein leitender Beamter des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen war der Meinung, dass „die ‚reiche‘ Bundesrepublik Deutschland [...] bereit und in der Lage sein [müsste], im Interesse Deutschlands und der in der DDR lebenden Deutschen sich an Umweltschutzmaßnahmen in der DDR [...] finanziell zu beteiligen“<sup>106</sup>. Im Einklang mit dieser letztlich durch Ermattung erzielten Einsicht entwickelten Vertreter des Bundes und der Länder 1987 einen neuen „Schubladenentwurf“, der den Bau einer ESTA-Pilotanlage im thüringischen Merkers vorsah, weil damit gerechnet wurde, dass die DDR die Flotation bei einem letzten Vorstoß abermals ablehnen würde<sup>107</sup>. Schließlich bot die Bundesregierung der DDR im September 1988 die ESTA-Technologie mit einer Finanzierungshilfe von 200 Millionen DM an<sup>108</sup>. Ein Scheitern der Gespräche konnte sich auch die DDR nun nicht mehr leisten, da bei den KSZE-Verhandlungen in

<sup>103</sup> Kurt Singhuber, Minister für Erzbergbau, Metallurgie und Kali, an Hans Reichelt, Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, 29. 8. 1988, [mit Anlage] Vorlage für das Politbüro betr. Information über Vorhaben im Zusammenhang mit Verhandlungen mit der BRD zur Aufhaltung von Steinsalzurückständen der BRD-Kali-Industrie auf DDR-Territorium im Grenzbereich sowie zur Kaliabwasserbeseitigung des VEB Kalibetrieb „Werra“, in: BArch, DK 5 Nr. 1498.

<sup>104</sup> Vgl. Uwe Bastian, Greenpeace in der DDR. Erinnerungsberichte, Interviews und Dokumente, Berlin 1996, S. 18–20.

<sup>105</sup> Kurt Singhuber, Minister für Erzbergbau, Metallurgie und Kali, an Hans Reichelt, Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, 29. 8. 1988, [mit Anlage] Vorlage für das Politbüro betr. Information über Vorhaben im Zusammenhang mit Verhandlungen mit der BRD zur Aufhaltung von Steinsalzurückständen der BRD-Kali-Industrie auf DDR-Territorium im Grenzbereich sowie zur Kaliabwasserbeseitigung des VEB Kalibetrieb „Werra“, in: BArch, DK 5 Nr. 1498.

<sup>106</sup> Michael von Berg, Umweltschutz in Deutschland. Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten, in: Geographische Rundschau 39 (1987), H. 11, S. 609.

<sup>107</sup> BMB II B 3, Vermerk, 6. 2. 1987, in: BayHStA, StK Nr. 19611.

<sup>108</sup> Non-Paper, 14. 9. 1988, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1436.

Wien zeitgleich das Verursacherprinzip und die Staatenhaftung für Umweltschäden völkerrechtlich verankert wurden. Selbst Günter Mittag fand es jetzt „unumgänglich, daß die DDR ihrerseits materielle Aufwendungen bei der Salzreduzierung trägt“. Allerdings war er mit dem westdeutschen Angebot von 200 Millionen nicht zufrieden<sup>109</sup>.

### **Grenzüberschreitender Umweltschutz als Devisenquelle**

Die Positionen und Strategien der DDR in den Verhandlungen um die Kaliabwässer stehen pars pro toto für andere Umweltgespräche. Die Zähigkeit der Verhandlungen lässt sich nicht allein durch die Indifferenz der DDR-Führung gegenüber Umweltschäden erklären<sup>110</sup>. Der Zeitpunkt von Umweltverhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten spielte ebenfalls eine entscheidende Rolle: Nach der 1973 eingetretenen Funkstille entwickelte sich deutsch-deutsche Umweltpolitik erst Anfang der 1980er Jahre zu einem neuen Handlungsfeld der DDR. Damit fiel die Wiederaufnahme von Umweltgesprächen in jene Phase, die von einer Liquiditätskrise und der steigenden Abhängigkeit der DDR von Krediten und Transferleistungen aus der Bundesrepublik gekennzeichnet war<sup>111</sup>. Die Umweltgespräche der 1980er Jahre waren also sofort mit der Zielsetzung befrachtet, möglichst viel an Devisen zu erwirtschaften. Grenzüberschreitender Umweltschutz galt als potenzielle cash cow, einzelne Projekte wurden vorrangig nach ihrem Devisenwert bemessen. Institutionell drückte sich diese Zielrichtung darin aus, dass die Marschrichtung deutsch-deutscher Umweltgespräche nicht etwa im Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft formuliert wurde, sondern im Wirtschaftssekretariat des ZK der SED von Günter Mittag, unter wachsender Beteiligung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung von Alexander Schalck-Golodkowski.

Erfahrungen auf dem Gebiet grenzüberschreitender Umweltdienstleistungen hatten sich für die DDR schon aus den Beziehungen zu West-Berlin ergeben. Seit der Berlin-Blockade 1948 war die Infrastruktur der Stadt (Strom, Wasser, Abwasser) ein politischer Spielball zwischen den Systemen. Zwar konnte der Senat über die Jahrzehnte entscheidende Fortschritte erzielen, eine infrastrukturelle Autarkie West-Berlins blieb jedoch utopisch<sup>112</sup>. Seit 1973 nahm die DDR auf Wunsch

<sup>109</sup> Mittag an Honecker, 29. 11. 1988 [mit Anlage], gezeichnet „Einverstanden“ von Honecker am 30. 11. 1988, in: Ebenda.

<sup>110</sup> Radkau, *Ära der Ökologie*, S. 523, spricht in diesem Zusammenhang von „purem Fatalismus“ der DDR-Führung.

<sup>111</sup> Zur Verschuldungskrise der DDR vgl. André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004, S. 191–226; Armin Volze, *Zur Devisenverschuldung der DDR – Entstehung, Bewältigung und Folgen*, in: Kuhrt u. a. (Hrsg.), *Ende*, Bd. 4: *Endzeit*, S. 151–177; Jörg Roesler, *Der Einfluß der Außenwirtschaftspolitik auf die Beziehungen DDR – Bundesrepublik. Die achtziger Jahre*, in: *Deutschland-Archiv* 26 (Mai 1993), S. 558–572; Matthias Judt, *Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität*, Berlin 2013, S. 132–141, S. 158–166 u. S. 172–174.

<sup>112</sup> So mussten anstelle von ursprünglich 90 % aller Abwässer 1989 nur noch 28,3 % im Umland aufgearbeitet werden; vgl. Moss, *Divided City, Divided Infrastructures*, S. 927 u. S. 932.

des Senats Haus- und Bauabfälle aus West Berlin ab und entschärfte damit eine akute Krise bei der Müllentsorgung. Die DDR errichtete die Deponien Schöneiche, Vorketzin und Deetz ausschließlich für West-Berliner Müll und erwirtschaftete bis 1989 auf diesem Wege 870 Millionen DM. Nach diesen lukrativen Erfahrungen weitete die DDR dieses Geschäftsmodell auf Abfälle aus dem übrigen Bundesgebiet und dem westeuropäischen Ausland aus und eröffnete 1979 die Sondermülldeponie Schönberg im Kreis Grevesmühlen<sup>113</sup>.

Auch in wasserwirtschaftlichen Fragen blieb West-Berlin zwangsläufig mit dem Umland verbunden. Im Dezember 1974 ersetzte eine neue Abwasservereinbarung frühere Regelungen. In Ost-Berlin nahm man bei der Gelegenheit auch den wachsenden Trinkwasserbedarf im westlichen Teil der Stadt zur Kenntnis, der spätestens 1985 zu ernsthaften Versorgungsengpässen geführt hätte. Da der West-Berliner Senat bereits Mitte der 1970er Jahre sondiert hatte, ob die DDR zu Trinkwasserlieferungen bereit sei, eröffneten sich hier offensichtlich weitere Möglichkeiten. Aus der für West-Berlin zuständigen Abteilung des DDR-Außenministeriums kam der Vorschlag, die Zwangslage des Senats zu nutzen, um „einen Valutaerlös zu erzielen und den Senat zu veranlassen, sich an den *ohnehin* für die Trinkwasserversorgung der Hauptstadt der DDR [...] *erforderlichen Investitionen* zu beteiligen, was durch spätere Trinkwasserlieferungen entsprechend vergütet werden könnte“<sup>114</sup>. Da die DDR noch nicht einmal die eigene Bevölkerung zuverlässig mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser versorgen konnte, wurde hier sozusagen eine Bückware für den Export vorgesehen. Auch der Gedanke, die Modernisierung eigener Umwelttechnik von der Bundesrepublik bezahlen zu lassen, war hier bereits angelegt.

Dieses Ziel wurde 1982 erstmals umgesetzt, als aus Westdeutschland 68 Millionen DM in die technische Verbesserung der drei Ost-Berliner Klärwerke Münchehofe, Falkenberg und Nord flossen<sup>115</sup>. Schon vor der Inbetriebnahme von Münchehofe (1975) und Falkenberg (1981) war auf DDR-Seite bekannt, dass die nur mechanisch-biologisch geklärten Abwässer dieser Werke West-Berliner Gewässer stärker belasten würden als umgekehrt Abwässer der West-Berliner Klärwerke den Teltow-Kanal. Die ursprüngliche Verhandlungsposition der Westdeutschen zur Verbesserung der Berliner Gewässerqualität sah vor, dass beide Seiten zeitgleich eine dritte chemische Reinigungsstufe zur Phosphateliminierung einführen wür-

<sup>113</sup> Vgl. Jinhee Park, Von der Müllkippe zur Abfallwirtschaft. Die Entwicklung der Hausmüllentsorgung in Berlin (West) von 1945 bis 1990, Phil. Diss. TU Berlin 2003, S. 84–90 u. S. 192–196, Zahlen S. 196; Judt, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung, S. 67–76 u. S. 192–203; vgl. auch die Beiträge bei Susanne Köstering/Renate Rüb (Hrsg.), Müll von gestern? Eine umweltschichtliche Erkundung in Berlin und Brandenburg, Münster 2003; zur Deponie Schönberg auch Matthias Baerens/Ulrich von Arnswald, Die Müll-Connection. Entsorger und ihre Geschäfte. Ein Greenpeace Buch, München 1993.

<sup>114</sup> Information über wasserwirtschaftliche Probleme zwischen der DDR und Westberlin und Vorschläge für das weitere Vorgehen der DDR, k. D. [Anhang zu Joachim Mitdank, Lt. Abt. West Berlin im MfAA, an Johann Rochlitzer, Lt. Amt für Wasserwirtschaft beim Ministerrat der DDR, 13. 6. 1975], in: BAArch, DK 5 Nr. 971, Bd. I. Hervorhebung durch die Autorin.

<sup>115</sup> Vgl. Anm. 41.



den. Dabei übersah man freilich, dass der wachsende Leidensdruck auf westlicher Seite integraler Bestandteil der ostdeutschen Verhandlungsstrategie war, um eine möglichst hohe westliche Kostenbeteiligung zu erreichen<sup>116</sup>.

Diese Erfahrungen und Strategien wendete die DDR auch bei Verhandlungen über die Grenzgewässer an. Das erfolgreichste Projekt war der Bau der Kläranlage in Sonneberg. Wieder wurde das westdeutsche „Interesse an einer baldmöglichen Verbesserung des Gütezustandes der Röden genutzt“, um eine westliche Beteiligung zu erreichen<sup>117</sup>. Zwar fielen die finanziellen Zusagen der Bundesrepublik mit 18 Millionen DM vergleichsweise bescheiden aus; allerdings gelang es der DDR, diesen Betrag in frei konvertierbarer Währung zu erhalten, nicht in den sonst im innerdeutschen Handel üblichen Verechnungseinheiten (VE). Das Bonner Wirtschaftsministerium sprach sich für die Zukunft gegen einen solchen Zahlungsweg aus, da er dem Ziel der DDR in die Hände spielte, mit der Umwelt einen Devisengewinn zu erwirtschaften. Denn für die DDR entstanden alle Kosten der Kläranlage in Ost-Mark<sup>118</sup>. Die DDR machte sich zudem flugs daran, „eine wesentliche Minimierung des Investitionsaufwandes zu erreichen“<sup>119</sup>. Das „Modell Röden“ galt der DDR fortan als der Goldstandard in deutsch-deutschen Umweltgeschäften.

Die Kläranlagen in Berlin und Sonneberg passen in ein Muster: Mit Beginn der 1980er Jahre häuften sich die Versuche der DDR, mit der Bundesrepublik Umweltgeschäfte zu machen. Alexander Schalck-Golodkowski schlug Günter Mittag 1980 vor, in die Wiederaufarbeitung radioaktiver Abfälle einzusteigen. Zwar war im niedersächsischen Gorleben nach wie vor das Projekt eines Endlagers für Atommüll anhängig, die Pläne für eine Wiederaufbereitungsanlage hatte Ministerpräsident Ernst Albrecht jedoch aufgrund des Widerstands vor Ort 1979 begraben<sup>120</sup>. Hier sah Schalck eine Chance für die DDR, denn die bundesdeutsche Atomindustrie, deren Verträge mit der französischen Wiederaufbereitungsanlage in La Hague 1985 ausliefen, trudelte einem Entsorgungsengpass entgegen. Allerdings verfügte die DDR nicht über die Ressourcen, eine Wiederaufbereitungsanlage zu bauen und zu betreiben. Eine solche Anlage hätte von den Westdeutschen

<sup>116</sup> Senator für Bau- und Wohnungswesen, Abt. III bC4, Protokoll über das 5. Expertengespräch mit dem [DDR] Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft betr. die Lösung dringlicher Berliner Gewässerschutzprobleme, 11. 12. 1980, in: NLA-HH, Nds. 800, Acc.200/090 Nr. 173. Am Rand des Protokolls die Marginalie eines westdeutschen Beamten: „DDR fordert 5-fach überhöhte Kosten!!“

<sup>117</sup> Ministerrat der DDR, VVS B2-B161, 12. 12. 1983, Beschluß über Maßnahmen zur Abwasserbehandlung der Stadt Sonneberg, in: BArch, DK 5 Nr. 1995.

<sup>118</sup> BMWi an BMI, BkA, BMB, BMJ, BMF, Landesvertretung Berlin, Beteiligung der Bundesrepublik an Projekten in der DDR, 11. 12. 1985, in: BArch, B288, Bd. 108.

<sup>119</sup> Das Investitionsvolumen war von DDR-Seite mit 80 Millionen Mark beziffert worden. „Mit der Ausarbeitung der Aufgabenstellung und der weiteren Verbreitung des Vorhabens ist eine wesentliche Minimierung des Investitionsaufwandes zu erreichen.“ Ministerrat der DDR, VVS B2-B161, 12. 12. 1983, Beschluß über Maßnahmen zur Abwasserbehandlung der Stadt Sonneberg, in: BArch, DK 5 Nr. 1995.

<sup>120</sup> Vgl. Anselm Tiggemann, Die „Achillesferse“ der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kernenergiekontroverse und Geschichte der nuklearen Entsorgung von den Anfängen bis Gorleben 1955–1985, Lauf an der Pegnitz 2010, S. 662–676.

gebaut und finanziert werden müssen und wäre dann über Wiederaufbereitung abgegolten worden. Angesichts der Anti-Atomkraft-Bewegung und der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems in der Bundesrepublik war diese Idee nicht aus der Luft gegriffen. Ein entsprechendes Angebot wurde der Bundesregierung jedoch nie unterbreitet<sup>121</sup>. Dafür trug Günter Mittag 1981 Honecker die weniger aufwendige Idee vor, den Export von radioaktiven Isotopen an medizinische Einrichtungen zu erhöhen und zugleich die Rücknahme des schwachradioaktiven Abfalls anzubieten. Auf diesem Weg hätte sich nicht nur der Exporterlös steigern, sondern auch der radioaktive Abfall zu Geld machen lassen<sup>122</sup>.

1984 instruierte Mittag Umweltminister Reichelt, die Direktiven für weitere Verhandlungen mit dem Nachbarn auszuarbeiten. Oberstes Ziel waren „Valutaeinnahmen“, gefolgt vom Zugang zu westlicher Umwelttechnik, die die DDR dann nicht selbst entwickeln musste. West-Berliner Müll, gleich welcher Art, blieb ein wichtiges Geschäftsfeld, das „ab 1984 langfristig weiterhin Valutaeinnahmen von ca. 60–70 Mio. VE sowie bei Abwasser von ca. 14 Mio. VE“ einbringen sollte<sup>123</sup>. Reichelt schlug Mittag außerdem vor, nicht nur West-Berliner Abwässer zu klären, sondern auch gleich den Klärschlamm abzunehmen<sup>124</sup>.

Wie die Umweltbilanz der DDR 1990 erdrückend belegte, war die DDR zu all diesen Dienstleistungen gar nicht in der Lage. Die SED-Führung verkaufte Leistungen an das „nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet“, die sie ihrer eigenen Bevölkerung vorenthielt. Westdeutsche Stellen wiederum gaben der Versuchung nach, eigene Umweltprobleme auf der anderen Seite der Grenze zu entsorgen<sup>125</sup>. Die Umwelt war zur Ware geworden.

<sup>121</sup> Vgl. Mike Reichert, Kernenergiewirtschaft in der DDR. Entwicklungsbedingungen, konzeptioneller Anspruch und Realisierungsgrad, 1955–1990, St. Katharinen 1999, S. 289–293. Schalcks Pläne, westdeutschen Atom Müll abzunehmen, kursierten Anfang der 1980er Jahre als Gerücht unter DDR-Atomwissenschaftlern. Vgl. Information, 21. 3. 1980, in: BStU, MfS HA XVIII Nr. 18910, fol. 221–222.

<sup>122</sup> Vorschlag zur Erhöhung des NSW-Exportes von Isotopenerzeugnissen sowie der Abnahme anfallender schwachradioaktiver Abfälle, 29. 9. 1981, von Honecker am 30. 9. 1981 akzeptiert („einverstanden“), in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1441. Der Abfall sollte im Endlager Morsleben gelagert werden, was in den Abnahmeverträgen allerdings geheim bleiben sollte. Weitere Ausarbeitung dieses Kompensationsgeschäfts in: BStU, MfS HA XVIII Nr. 8722, fol. 017–023. Die zu erwartenden Einnahmen wurden auf 2,5–4 Mio. VM beziffert.

<sup>123</sup> Günter Mittag an Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft Dr. Hans Reichelt, 20. 3. 1984 [Betr. Ausarbeitung von Direktiven zur weiteren Verhandlung mit BRD zu Umweltfragen], in: BArch, DK 5 Nr. 5756. Als Anfang 1989 die Gespräche zur Sanierung der Elbe über ein Stadium von Präliminarien hinaus kamen, entstand bei der westdeutschen Delegation „gelegentlich [...] der Eindruck, daß die DDR auf diesem Wege letztlich die valutamäßige Totalsanierung der Abwasserprobleme ihrer Elb-Industrien beabsichtigt.“ Stäv an BKA, BMU, BMB, AA, 31. 3. 1989, in: BArch, B288 Nr. 384.

<sup>124</sup> Konzeption für die Weiterführung von Verhandlungen mit dem Westberliner Senat auf den Gebieten der Wasserwirtschaft und des Umweltschutzes, k. D. [10. 10. 1984], in: BArch, DK 5 Nr. 5756.

<sup>125</sup> Diese Umweltprobleme hatten aber durchaus „grenzenlose“ Qualitäten. Der westdeutsche Müllexport auf die Deponie Schönberg gefährdete das Grund- und Trinkwasser für Lübeck und natürlich auch für die umliegenden mecklenburgischen Gemeinden. Vgl. „Seliges Gottvertrauen“, in: Der Spiegel vom 20. 7. 1987, S. 32–34.

## Die Werra heute

Und die Werra? Der Fluß profitierte eindeutig vom Untergang der DDR. Die Salzbelastung der Werra konnte nach der Wiedervereinigung radikal gesenkt werden. Zwischen 1990 und 1995 fiel die Chloridkonzentration am Pegel Gerstungen in der Werra um 72 Prozent, schnellte allerdings aufgrund geringer Wasserführung in den folgenden zwei Jahren noch einmal in die Höhe<sup>126</sup>. Die Reduzierung der Salzeinleitungen ging auf Betriebsstillegungen in Thüringen sowie auf verfahrenstechnische Neuerungen zurück. Zwei Thüringer Kali-Werke – Merkers und Bischofferode – wurden geschlossen, die übrigen drei an den Hauptkonkurrenten, die Kasseler K&S, veräußert<sup>127</sup>. Versalzen ist die Werra allerdings bis heute. Der Verursacher ist jetzt allein die K&S, die in der Zwischenzeit zu einem *Global Player* in der Düngemittel-Industrie und zum viertgrößten Kaliproduzenten der Welt aufgestiegen ist. Regionale Umweltschutzorganisationen sowie Greenpeace und der BUND fordern seit Jahren von der K&S ein Ende der gängigen Salzentorgung. Die Verpressung von Laugen und das Auftürmen von Kali-Bergen aus den Abfallstoffen des ESTA-Verfahrens waren nie problemlos, sondern lediglich das kleinere Übel<sup>128</sup>. Daher ist die Werra bis heute in einem schlechten ökologischen Zustand. Diese Schäden sind keine Hinterlassenschaft der DDR-Kombinate, sondern nachweislich das Resultat der fortlaufenden Einleitungen; Spitzenbelastungen lagen 2008 bei 3000 mg/l<sup>129</sup>. Das ist natürlich kein Vergleich

<sup>126</sup> ARGE Weser, Folgen der Reduktion der Salzbelastung in Werra und Weser für das Fließgewässer als Ökosystem (Hildesheim: Wassergütestelle Weser, 2000), S. 11; vgl. auch Hübner, Fließgewässerbewertung.

<sup>127</sup> Der schwierige Vereinigungs- und Konsolidierungsprozess der Kaliindustrie war vor allem durch den Hungerstreik der Bergleute von Bischofferode 1993 kurz bundesweit in den Nachrichten, blieb aber ansonsten ein regionalpolitisches Thema. Vgl. Claus Peter Müller von der Grün, Unter einem Dach. Die wiedervereinigte Kaliindustrie im geeinten Deutschland, in: Eisenbach/Paulinyi (Hrsg.), Kaliindustrie an Werra und Fulda, S. 223–237. Hübner, Fließgewässerbewertung, S. 37, führt die Salzreduzierung vornehmlich auf Betriebsstillegungen zurück, übersieht aber Investitionen von gut 250 Millionen DM in die ostdeutschen Betriebe in den Jahren 1993–1997. Vgl. dazu Müller von der Grün, Unter einem Dach, in: Eisenbach/Paulinyi (Hrsg.), Kaliindustrie an Werra und Fulda, S. 237. Literarisch wurde die Schließung der Grube in Bischofferode von Volker Braun, Die hellen Haufen, Frankfurt a. M. 2011, verarbeitet.

<sup>128</sup> Vgl. Marlies Uken, Stress am Monte Kali. Der Düngerproduzent K&S macht Milliarden Gewinne – auf Kosten der Umwelt, in: Greenpeace Magazin 5/09; BUND, Hat fatale Folgen: Die Versalzung von Werra und Weser, [http://www.bund.net/themen\\_und\\_projekte/wasser/lebendige\\_fluesse/fluesse\\_in\\_deutschland/flussgebiet\\_weser/versalzung/](http://www.bund.net/themen_und_projekte/wasser/lebendige_fluesse/fluesse_in_deutschland/flussgebiet_weser/versalzung/); BUND Hessen, Für eine lebendige Werra, Fulda und Weser, [http://www.bund-hessen.de/themen\\_und\\_projekte/wasser/die\\_werra\\_und\\_das\\_meer/](http://www.bund-hessen.de/themen_und_projekte/wasser/die_werra_und_das_meer/) [beide April 2013].

<sup>129</sup> Der ökologische Zustand des Makrozoobenthos der Mittleren und Unteren Werra und seine Haupteinflussfaktoren. Jena: Institut für Gewässerökologie und Fischereibiologie, April 2009, S. 63 f. (Falko Wagner), [http://www.lebendige-weser.de/images/download/versalzung/gutachten\\_igf\\_jena\\_mzb-werra.pdf](http://www.lebendige-weser.de/images/download/versalzung/gutachten_igf_jena_mzb-werra.pdf) [April 2013]. Die Studie vergleicht salzbeeinflusste und salzunbeeinflusste Strecken der Werra. Die Erhebungen erfolgten im Jahr 2008; Zahl Spitzenbelastung in: ARGE Weser, Folgen der Reduktion der Salzbelastung in Werra und Weser, S. 11.

zu dem Rekord von 40.000 mg/l aus dem Jahr 1976, aber immer noch weit entfernt vom Orientierungswert von 200 mg/l<sup>130</sup>. Allerdings ist es sehr wohl eine Hinterlassenschaft der DDR, dass die heutigen Chloridwerte der Werra manchen Disputanten überhaupt vertretbar erscheinen wollen<sup>131</sup>.

Damit verdeutlicht das anhaltende Ringen um die Wassergüte von Werra und Weser auch ein perspektivisches Problem der deutsch-deutschen Umweltzeitgeschichte. Die Tatsache, dass die DDR die meisten traurigen Umweltrekorde für sich beanspruchte, kann im Vergleich leicht den Blick auf die westdeutsche Umweltsituation verstellen. Schon vor 1989 argwöhnten Umweltschützer, dass bundesdeutsche Industriebetriebe entlang der grenzkreuzenden Flüsse im Windschatten der DDR-Verschmutzung eigene Schadstoffe entsorgten<sup>132</sup>. Industrien mit althergebrachten Wasserrechten wie die Bremer Woll-Kämmerei (BWK) taten dies völlig offen und leiteten ihre Abwässer bis weit in die 1970er Jahre ungeklärt in die Weser. Diese litt eben nicht nur am Salz aus der Werra, sondern Ende der 1970er Jahre auch schon an acht konventionellen Kraftwerken und einem Atomteiler, die ihr Kühlwasser aus dem Fluß zogen, ihn dadurch erwärmten und den Sauerstoffverbrauch anheizten<sup>133</sup>. Freilich war die westdeutsche Umweltsituation zu keinem Zeitpunkt Gegenstand innerdeutscher Verhandlungen. Gerne hätte die DDR den bundesdeutschen Verhandlungspartnern öfters Umweltvergehen vorgeworfen und ergriff jede Gelegenheit, die sich nicht umgehend mit *tu quoque*-Argumenten gegen sie selbst wenden ließ. Umgekehrt war in Bonn oder in den Landeshauptstädten der Grenzanrainer die ostdeutsche Umweltsituation nur dann von amtlichem Interesse, wenn sie unmittelbar die Bundesrepublik tangierte. Dieses Interesse konnte durchaus bis Dresden reichen, wie im Falle der Absichtserklärungen vom Juli 1989, die eine Kostenbeteiligung der Bundesrepublik an Umweltprojekten zur Entlastung von Elbe und Saale vorsahen<sup>134</sup>. Mit dem Verschwinden der DDR verlor die alte Bundesrepublik nicht nur konkrete Entsorgungsmöglichkeiten jenseits des Eisernen Vorhangs; Umweltdelinquenten

<sup>130</sup> Vgl. Ökologischer Zustand (wie Anm. 129).

<sup>131</sup> Besonders deutlich in Claus Peter Müller, Der ewige Streit um das weiße Gold, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. 5. 2011.

<sup>132</sup> Vgl. Herbert Schäfer, „Hier beginnt die Nordsee.“ Bonn und DDR streiten um verschmutzte Flüsse, in: Die Zeit vom 20. 5. 1988; „Der Topf ist voll“, in: Der Spiegel vom 4. 11. 1992, S. 135.

<sup>133</sup> „Dass der Fluss so krank ist...“, in: Der Spiegel vom 27. 9. 1976, S. 67–81. Dort auch der Hinweis auf die BWK.

<sup>134</sup> Die Absichtserklärung sah Pilotprojekte für den VEB Arzneimittelwerk Dresden und die Chemischen Werke Buna für die neunziger Jahre vor. Die Bundesrepublik hätte sich mit 50 % an den Kosten beteiligt. Die Erklärung wirft ein interessantes Schlaglicht auf die potenzielle zukünftige Entwicklung deutsch-deutscher Umweltschutzvorhaben, allerdings fand diese gemeinsame Zukunft nicht mehr statt. Vgl. Gemeinsame Erklärung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR [Reichelt] und des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland [Töpfer] über die Durchführung von Umweltschutz-Pilotprojekten in der DDR vom 6. 7. 1989, in: Deutscher Industrie- und Handelstag (Hrsg.), DDR Umweltschutz; zum Giftmüll der Pharmaindustrie vgl. Andreas Förster, „Akute Umweltgefährdung“ im Arzneimittelwerk, in: Horch und Guck 21 (2012), H. 76, S. 26f.

büßten zudem den entlastenden Fingerzeig auf den Nachbarn ein, dessen Umweltprobleme die eigenen Vergehen harmloser aussehen ließen<sup>135</sup>.

Die Kontrahenten in der Debatte um die Versalzung der Werra ringen seit 2008 am „Runden Tisch Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ um eine Lösung, die sowohl der EU-Wasserrahmenrichtlinie gerecht wird, die europäische Gewässer bis 2015 in einem „guten ökologischen Zustand“ sehen will, als auch die rund 4.200 Arbeitsplätze der hessischen Kaliindustrie sichert. Seit einigen Jahren favorisieren alle Beteiligten eine alte Idee: eine Salz-Pipeline, die die Laugen entweder in die Nordsee oder wenigstens bis zur Weser abführt<sup>136</sup>. Unabhängig vom Ausgang der fortlaufenden Auseinandersetzungen ist allerdings gewiß, dass die Verschmutzung von Werra und Weser nie wieder die politische Aufmerksamkeit wird beanspruchen können, die sie auf sich ziehen konnte, als es darum ging, die DDR durch ihre Umweltsünden zu diskreditieren oder der Bundesrepublik mehr Valuta abzurufen. Die deutsche Teilung war auch umweltpolitisch betrachtet eine historische Ausnahmesituation.

---

<sup>135</sup> In diesem Zusammenhang lohnt eine Lektüre des Artikels von Raymond Dominick, Capitalism, Communism, and Environmental Protection. Lessons from the German Experience, in: *Environmental History* 3 (1998), S. 311–332.

<sup>136</sup> [www.runder-tisch-werra.de](http://www.runder-tisch-werra.de); vgl. auch „Alarm am Monte Kali“, in: *Der Spiegel* vom 24. 8. 2009, S. 42–44; „Kaliproduktion ohne Salzlauge möglich“, in: *Frankfurter Rundschau* vom 22. 5. 2009; „Eine Leitung bis in die Nordsee“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. 10. 2011.